

metall



Nr. 4 | April 2005
Jahrgang 57
D 4713

Das Monatsmagazin



Metaller gegen Rechts

Politik

Köhlers Kniefall

Ratgeber

Sozialwahlen 2005

Fachkraft für Hungerlohn

metall 3/2005: Hand in Hand mit der Schmutzkonkurrenz

► Euer Bericht über die Personalservice Agenturen kam wie gerufen, als die **metall** nach längerer Zeit wieder einmal in meinem Briefkasten war. Zurzeit suche ich Arbeit als qualifizierte Buchhalterin, gerade mal 50 Jahre alt, also eigentlich jung und erwerbsfähig. Inzwischen bin ich mehr als sechs Monate ohne richtige Arbeit (eine geringfügige Beschäftigung bei einem Steuerberater hält mich fit). Genau dieses hat eine weitere PSA in Essen, nämlich die Bartels-Gruppe versucht, schamlos auszunutzen. Ich wurde für den Zeitpunkt regelrecht auf Wiedervorlage gelegt. Just zum Zeitpunkt kam dann ein passendes Angebot bei der PSA herein, es wurde versucht, mir eine Stelle, für deren Entgelt

sen und muss ihm völlig Recht geben. Leider haben Politiker und Unternehmensvertreter noch nicht realisiert, dass nur kaufkräftige Kunden ihre Produkte kaufen können. Im Moment sind die Unternehmensvertreter alle auf ihr eigenes Geld aus. Langfristig ist das aber zu kurzgedacht.

José Alex Hoffmann, per E-Mail

► Was hat die Steuersenkung für die Unternehmen gebracht? Die Banken haben höchste Gewinne verzeichnet und trotzdem tausende Mitarbeiter entlassen. Das ganze Problem liegt in der Kaufkraft des kleinen Mannes, das schwache Glied ist die Binnenwirtschaft. Je weniger der kleine Mann in der Tasche hat, desto schlechter geht es dem Hand-

Margot Sieg-Baghdadli, Berlin

Dieser Artikel war für mich sehr aufschlussreich. Besteht denn die Möglichkeit, diesen Dumpinggewerkschaften das Handwerk zu legen?

ich gerade so hätte überleben können, als Sechser im Lotto zu verkaufen. Von jetzt auf sofort sollte ich bei der PSA ohne Prüfung einen Vertrag unterschreiben, der mir eine Rückkehr zu meinem Steuerberater unmöglich gemacht hätte. Der Kunde der PSA hat wohl gezielt versucht, eine Fachkraft für einen Hungerlohn einkaufen zu können. Ich hoffe jetzt, über solidere Vermittler, die die Arbeitslosigkeit Arbeitswilliger nicht ausnutzen, doch noch eine vernünftige Anstellung zu bekommen.

Elisabeth Baumann, Essen

Zu kurz gedacht

metall 4/2005: Neoliberalismus

► Ich habe den Artikel von Albrecht Müller mit Interesse gele-

werk in Deutschland (Exportweltmeister sind wir ja schon). Das können die oberen Zehntausend niemals verstehen. Wie sollen sich das auch.

Rainer Fritz, Lichtenwald

Vorbild für Andere

metall 3/2005: »Es geht um Macht«

► Dem Azubi Mathias Koschek an dieser Stelle ein Lob für sein Durchsetzungsvermögen. Ich freue mich, dass endlich mal ein Azubi den Mut hatte, sich gegen den Prüfungsausschuss zu wehren. Ein Kandidat für die JAV-Wahl und für ein späteres Betriebsratsgremium. Ich hoffe, dass er anderen in jeder Hinsicht Mut macht, sich gegen Ungerechtigkeiten im Zahn-technikerhandwerk einzusetzen. Vielleicht sehen wir uns im



Foto: picture-alliance / dpa / Eckel

Beratung in einer Personal Service Agentur: Auf Wiedervorlage gelegt

Fachausschuss der IG Metall wieder.

Ariane Diemann, Hannover

► Über einen Fernkurs eignete ich mir die Fähigkeiten zum Industriemeister Metall an. Im Frühjahr 1993 hatte ich einen Prüfungstermin bei der IHK Augsburg/Schwaben im Fach Berufs- und Arbeitspädagogische Kenntnisse. In der mündlichen Prüfung im Fach Unterweisung, die normalerweise zehn bis 15 Minuten dauert, wurden mein Bruder und ich eineinhalb Stunden geprüft, um dann durchzufallen. Beim anschließenden Prüfungsgespräch teilte uns der Prüfungsvorsitzende mit, dass wir nicht die richtige Vorbereitung gehabt hätten, und es doch besser wäre, einen Kurs bei der IHK zu belegen. Beim zweiten Prüfungstermin bei einem anderen Prüfungsausschuss mit bewusst dem gleichen Vortrag, war ich in fünf Minuten fertig. Der Ausschuss bescheinigte mir eine richtige und sachliche Vorbereitung. Willkür oder nicht?

Helmut Schneider, per E-Mail

Gegen Sozialabbau

metall Titel 4/2005: Die Rechte der Väter

► Der Artikel ist nicht schlecht, hat aber das Problem, das er als

Diskriminierung von Ledigen und Kinderlosen angesehen werden kann. Die Bemerkung, dass sie »die Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen mitbringen«, stellt Ledige und Kinderlose als nicht gesellschaftsfähig dar.

Rudolf Tanin, per E-Mail

► Mit dem Titel »Die netten Zeiten sind vorbei« haben die drei Kolleginnen völlig recht. Die Lage der Arbeitnehmerinnen wird zunehmend härter. Die Systemkonkurrenz ist vorbei und so kann das Kapital mit Hilfe seiner politischen Vasallen den bisherigen Sozialstaat nach und nach abbauen und die Arbeiter und Arbeiterinnen zunehmend ausbeuten. Der von Vielen schon tot geglaubte Liberalismus des 19. Jahrhundert wird in den kommenden Jahren als »Neoliberalismus« wieder auferstehen, wenn wir uns nicht wehren.

Sándor Rác, Rheine

metall-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Fax: 069-66 93-2000
E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Die vollständige metall-Ausgabe steht auch im Internet.

Editorial

Keine Chance den Braunen

► Seit die NPD in den sächsischen Landtag eingezogen ist, sind die Neonazis in aller Munde. Während Politik und öffentliche Meinung hilflos reagieren, haben Metalllerinnen und Metalller längst die Gefahr erkannt. Wo die Braunen auftreten, reagieren sie mit Gegenaktionen, Aufklärung und örtlichen Bündnissen. Wo die IG Metall mit ihren Partnern gegenhält, haben die Rechten keine Chance. Aktionen, die Mut machen. Auch wenn die Ewiggestrigen die Springerstiefel und die Glatzen abgelegt haben und seriös mit Anzug und Krawatte auftreten, bleiben sie gefährlich.

► Mit großem Getöse lud Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Job-Gipfel. Es wurde aber mehr eine Schauveranstaltung, die für Arbeitsplätze und Arbeitslose keine Ergebnisse brachte. Der Kanzler hatte zuvor im Bundestag in einer Regierungserklärung »kleine Schritte in die richtige Richtung« (Jürgen Peters) vorgestellt, die sich wohlthuend von dem Kniefall des Bundespräsidenten Horst Köhler vor den Vertretern der deutschen Wirtschaft abhob. Dennoch: Die Ergebnisse sind mager. **metall** hat Job-Gipfel und Köhlerrede unter die Lupe genommen und die Alternativen der IG Metall gegenübergestellt.

► Zum 60. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai sind in vielen Verwaltungsstellen der IG Metall Veranstaltungen geplant. **metall** möchte darüber einen Überblick geben und bittet die Initiatoren um Informationen. Wir wollen die Termine in der nächsten Ausgabe veröffentlichen. Anlaufadresse ist metall-leserpost@igmetall.de. Über viele Veranstaltungshinweise und Aktionen würden wir uns freuen. Meldung bis zum Redaktionsschluss am **15. April**.

Die Redaktion

Job-Gipfel

Der rot-grüne-schwarze Job-Gipfel brachte vor allem eins: viel heiße Luft und Steuergeschenke für Unternehmer. Zuvor hatte Bundespräsident Horst Köhler die Vertreter der deutschen Wirtschaft glücklich gemacht. **Seite 8**



Foto: picture-alliance/dpa/Seitnik



Foto: Stefan Thomas

Ausbildung

Junge Menschen, die schwer lernen oder sozial benachteiligt sind, haben wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wie es besser geht, zeigt ein Beispiel aus Thüringen. **Seite 12**



Foto: Bosch

Autoteile

Geld wird beim Verbraucher immer knapper. Deshalb werden Autos länger gefahren. Entsprechend hart ist die Konkurrenz in der Autoteilebranche. **Seite 22**

Magazin

- Europäischer Aktionstag 4
- Mahle: Arbeitsplätze gesichert 5
- Infinitec: Gegen Kahlschlag 6
- Opel-Zukunftsvertrag 7

Das Thema

- Job-Gipfel:
Denn sie wissen nicht, was sie tun . . . 8
- Köhlers Kniefall 10

Zur Sache

- Jürgen Peters:
Schritte in die richtige Richtung 11

Report

- Ausbildung für Tischler:
»Basis für die Zukunft« 12

Titel

- Die neuen Neonazis:
Zeit zur Gegenwehr 14

Branchennews

- Textilindustrie Ost:
Drei Prozent gefordert 19

Betriebsreport

- Risse und Wilke:
Era umgesetzt 21

Branchenreport

- Autoteile:
Heißsumkämpfter Markt 22

Ratgeber

- Sozialwahlen 2005:
Kompetenz wählen 24
- Tipps 26
- Impressum 26

Der Monatsökonom

- Albrecht Müller über
den Filz unter Wirtschaftsweisen . . . 28

Rätsel

- Monats- und Drei-Monats-Rätsel . . . 30

Porträt

- Zu Besuch bei
Fred Balsam 31

Regionales

- Aus den Bezirken 32
- Lokales/Karikatur 35

Titelfoto: attenzione / Sascha Rheker



Proteste in Brüssel: »Wir überlassen Europa nicht den Konzernen«

Europäischer Aktionstag

»EU-Kompetenz überprüfen«

Rund 60000 Menschen aus ganz Europa, Gewerkschafter und Mitglieder sozialer Bewegungen, haben in Brüssel gegen die arbeitnehmerfeindliche Ausrichtung der Europäischen Union protestiert.

»Ein Europa ohne Arbeitnehmer ist kein Europa«, mahnte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der Demonstration; aus ganz Europa waren rund 60000 Beschäftigte angereist, um beim EU-Frühjahrgipfel gegen die

arbeitnehmerfeindliche EU-Politik zu protestieren. Sommer: »Wir überlassen Europa nicht den Konzernen«.

Daran arbeiten die Neoliberalen – kein Wunder, dass bei vielen Arbeitnehmern die Ängste wachsen. Die Europäische Einigung, so hatten sie immer gehofft, sollte mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen und die Solidarität zwischen den Beschäftigten weiter stärken. Doch inzwischen sieht

die Bilanz ernüchternd aus. »Statt sich gemeinsam für mehr Arbeit und Innovation einzusetzen, machen sich die Länder der Europäischen Union gegenseitig Konkurrenz mit niedrigeren Steuern, Löhnen und schlechteren sozialen Bedingungen«, kritisiert der DGB.

Beispielsweise die berüchtigte EU-Dienstleistungsrichtlinie. Sie ermöglicht den einzelnen Mitgliedsländern, Dienstleistungen zu Dumpinglöhnen einzuführen. In der Kritik steht auch der EU-Verfassungsentwurf. Er schreibe alternativlos neoliberale Wirtschaftspolitik fest, mit »unbeschränktem Wettbewerb in den EU-Staaten«, kritisiert ein gemeinsamer Aufruf von attac, IG

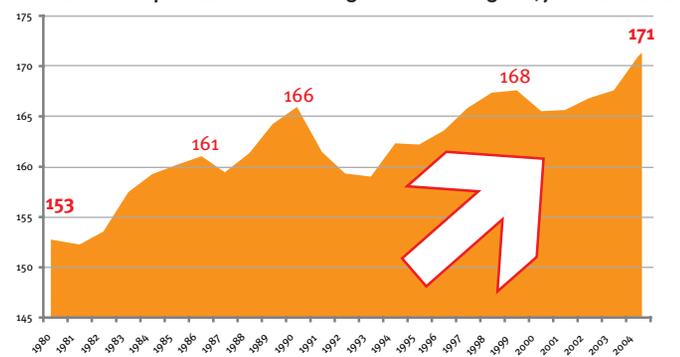
Metall, Verdi und Friedensforum Witten. Zudem sei er »einseitig auf militärpolitische Ziele ausgerichtet«. Mitgliedstaaten würden zur ständigen Aufrüstung verpflichtet, das Verbot von Angriffskriegen außer Kraft gesetzt.

»Alle Kompetenzen der Union müssen konsequent darauf überprüft werden, ob sie nicht besser auf kommunaler, regionaler oder nationalstaatlicher Ebene getroffen werden können«, fordern nicht nur die Gewerkschaften sondern auch attac.

Außerdem müssten Mindeststandards für Steuern und Sozialleistungen eingeführt werden. Höhere Standards in einzelnen Ländern dürften nicht gefährdet werden. ◀

Teure Arbeit?

Soviel Euro-Wert produzierten Beschäftigte für die Arbeitgeber, je 100 Euro Lohn



Quelle: Ver.Di

Die Grafik widerlegt Bundespräsident Köhler und alle Wirtschaftsliberalen, die angeblich hohe Lohn- oder Lohnnebenkosten für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen. In Wirklichkeit sinkt der Anteil der Lohnkosten am Arbeitsprodukt. Bedingt durch eine

rapide zunehmende Produktivität und moderate Lohnabschlüsse, wirtschaften die Beschäftigten den Arbeitgebern immer höhere Beträge in die Taschen. Statt Löhne zu drücken, sind Lohnerhöhungen angesagt – damit die Kaufkraft wächst. ◀

Frankreich: Aktionen für 35-Stundenwoche

»Botschaft wird beachtet«

Hunderttausende Beschäftigte haben Anfang März erneut auf 150 Veranstaltungen in ganz Frankreich für den Erhalt der 35-Stunden-Woche demonstriert. In vielen Betrieben, insbesondere in der Metall- und Lebensmittelindustrie, wurde gestreikt, der öffentliche Nahverkehr war lahmgelegt. Der Grund für den Zorn der französischen Arbeitnehmer: Die Regierung will die Arbeitszeit verlängern – weil die Menschen angeblich »mehr arbeiten wollen, um mehr zu verdienen«.

Tatsächlich liegt die niedrigste Lohnstufe in jeder dritten Branche unterhalb des gesetzli-

chen Mindestlohns von monatlich 1400 Euro; vor allem in den Großstädten lässt sich davon kaum leben.

Doch die Franzosen sind fest entschlossen, ihre gesetzlich festgeschriebene 35-Stunden-Woche zu verteidigen. »Höhere Löhne, sichere Jobs, Garantie der 35-Stunden-Woche«, fasste Bernard Thibault, Chef der Gewerkschaft CGT, die Ziele der Protestbewegung zusammen.

Die konservative französische Regierung haben die Massenproteste offenbar beeindruckt: »Die Streikbotschaft wird beachtet«, erklärte Verkehrsminister de Robien kleinlaut. ◀

Mahle

Arbeitsplätze gesichert

Nach der größten Protestaktion in der Unternehmensgeschichte hat der Gesamtbetriebsrat eine langfristige Beschäftigungssicherung durchgesetzt.

Rund 4000 Mahle-Beschäftigte aus allen 16 deutschen Standorten haben im März vor der Mahle-Zentrale in Stuttgart-Bad Cannstatt protestiert – »die größte Protestaktion in der Unternehmensgeschichte«, freut sich GBR-Vorsitzender Bernd Hofmaier-Schäfer. Der Konzern hatte geplant, weitere 600 Arbeitsplätze abzubauen und die Einkommen um 15 Prozent zu kürzen.

Die Aktion hat die Geschäftsleitung offenbar zur Besinnung gebracht. Denn zwölf Tage spä-



Proteste in Bad Cannstatt: »Geschäftsleitung zur Besinnung gebracht«

ter setzte der Gesamtbetriebsrat eine langfristige Beschäftigungssicherung durch. Danach darf an allen Standorten bis 2010 niemand betriebsbe-

dingt gekündigt werden. Zudem müssen Verhandlungen über nachhaltige Entwicklungsperspektiven geführt werden. ◀

Jacob, Wilhelmsdorf (Bayern)

»Hier geht es um die Macht im Haus«

Im vergangenen Herbst verpasste die Jacob-Geschäftsleitung ihren 240 Beschäftigten einen herben Schlag: Erst wurde die Arbeitszeit auf 42,5 Wochenstunden erhöht; dann Kollegen gekündigt oder gedrängt, Aufhebungsverträge zu unterschreiben. Als die Mehrarbeit nicht mal bezahlt wurde, wandten sich Kollegen an die Fürther IG Metall.

Die half zunächst einen Betriebsrat aufzubauen; und auf

Flugblättern wurde die Belegschaft davor gewarnt, Zusatzverträge für unentgeltliche Mehrarbeit zu unterschreiben.

Die Geschäftsleitung tobte und kündigte einem Mitglied des Wahlvorstands. Als Klaus-Dieter Winnerlein (IG Metall Fürth) im Betrieb auftauchte, holte die Geschäftsleitung die Polizei. Genutzt hat es nichts.

Kaum war der Betriebsrat im Amt, wurde die Wahl angefoch-

ten und für drei Betriebsratsmitglieder die Kündigung beantragt. Ein Betriebsratsmitglied wurde zwangsversetzt.

Inzwischen sind viele Beschäftigte IG Metall-Mitglied, wegen der unbezahlten Stunden werden Klagen vorbereitet. Winnerlein: »Hier geht es um die Macht im Haus. Die Beschäftigten wissen, dass sie eine starke Interessenvertretung brauchen.« ◀

Philips, Hamburg

Blockieren und Drohen

Philips verlangt drastische Einschnitte von den Beschäftigten des Hamburger Halbleiterwerks. Das Urlaubsgeld soll gekürzt, die ERA-Strukturkomponente gestrichen, Tarifierhöhungen ausgesetzt und die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlängert werden.

Die IG Metall-Mitglieder im Betrieb lehnen die Sparerei ab,

zumal Philips keine Gegenleistung anbietet. Die IG Metall verlangt einen eigenen Tarifvertrag und will verhandeln. Doch Philips blockt und droht mit 450 Kündigungen. Christian Schoof, Bezirksleitung Hamburg: »Die IG Metall-Mitglieder wären, befristet, zu längeren Arbeitszeiten bereit – wenn es Beschäftigungsgarantien gibt.« ◀



Fertigung bei Philips, Hamburg: »Metaller gegen Sparerei«

Außenansicht

Antidiskriminierungsgesetz

Klima-Wende

Nur rund die Hälfte aller Unternehmen beschäftigt über 50-jährige Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer. Umso wichtiger ist es, dass in das Antidiskriminierungsgesetz auch das Diskriminierungsmerkmal Lebensalter mit einbezogen wird. Auch die aktuelle Ankündigung der Bundesagentur für Arbeit, Ältere im Osten Deutschlands nicht weiter durch die Arbeitsbehörden betreuen zu lassen, zeigt das.



Walter Hirrlinger, Präsident des Sozialverbands VdK

Ältere behinderte Menschen haben kaum mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt, behinderte Jugendliche finden schwer Ausbildungsplätze. Besonders betroffen sind behinderte Frauen. Die Arbeitgeber müssen im Vorfeld verpflichtet werden, Maßnahmen zum Schutz vor Benachteiligung, auch präventive, zu treffen.

Es geht nicht darum, einzelne Gruppen zu bevorzugen, sondern bestehende Benachteiligungen abzubauen. Die Befürchtungen der Länder sind daher überzogen. Erfahrungen mit bestehenden arbeitsrechtlichen Benachteiligungsverboten für Frauen und für schwerbehinderte Menschen belegen, dass es eben nicht zu der befürchteten Flut von Prozessen kommen wird.

Und: Von einem benachteiligungsfreien »Klima« in den Betrieben werden alle profitieren.

Dieses lässt sich nicht allein durch Sanktionen erreichen. Aufklären und langfristig eine behinderten- und altersgerechten Lebens- und Arbeitswelt zu schaffen, sind unerlässliche Ziele. ◀

Köpfe

Antonius und Martina Eidenkötter setzen sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen Behinderter ein. Das Metaller-Ehepaar sammelte 2004 rund 1850 Telefonkarten und 347 000 Briefmarken, die in den Bodelschwingschen Anstalten (Bielefeld) aufgearbeitet und Sammlern angeboten wurden. Der Erlös trug dazu bei, rund 130 Arbeitsplätze in der Bielefelder Einrichtung zu sichern. ◀

Günter Sroka, MTU-Konzernbetriebsratsvorsitzender, und sein Stellvertreter **Michael Winkelmann** haben Bundeskanzler Schröder im Kanzleramt besucht. Die Metaller befürchten, dass von MTU bis zu 800 Stellen abgebaut werden könnten und mahnten in Berlin ein industriepolitisches Konzept an. Der



Winkelmann (links) und Sroka beim Kanzler

Kanzler hat offenbar verstanden. Sroka: »Er hat sich viel Zeit genommen und uns seine Unterstützung zugesagt.« ◀

Peter Scherrer (45), bisher im Düsseldorfer IG Metall-Zweigbüro für den Thyssen-Krupp-Konzern und Euro-Betriebsräte in NRW zuständig, ist einstimmig zum Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds (EMB, Brüssel) gewählt worden. Der gelernte Maschinenschlosser will sich im EMB vor allem um die Koordinierung der europäischen Gewerkschaftspolitik kümmern. Scherrer: »Ein wichtiges Ziel, an dessen Verwirklichung alle Gewerkschaften mithelfen müssen.« ◀

Infineon

Beschäftigte wehren sich gegen Kahlschlag



Symbolischer Akt in Berlin: »Werk systematisch heruntergefahren«

Der Chip-Hersteller Infineon in München-Perlach will sein Werk im Januar 2007 schließen, rund 1000 Arbeitsplätze sind gefährdet. Die Fertigung soll schrittweise verlagert werden. Die Geschäftsleitung hatte in den letzten Jahren das Perlacher Werk systematisch heruntergefahren, folglich verblieb nur die veraltete 6-Zoll-Wafer-Technologie.

Bereiche, denen Fachleute ein kräftiges Entwicklungspotenzial

bescheinigen, wie bestimmte Hochfrequenz-Bauelemente, wurden verkauft. Bei einer Kundgebung vor einem Einkaufszentrum in München-Perlach informierten die Infineon-Beschäftigten die Bewohner des Stadtteils. Auch in Berlin demonstrierten Infineon-Beschäftigte. Durch den Verkauf des Infineon Glasfasergeschäfts an Finisa sind auch in Berlin 280 Arbeitsplätze gefährdet. ◀

Landmaschinen-Industrie

Einig gegen Mehrarbeit

Mit ihrer »Münsteraner Erklärung« wenden sich Betriebsräte aus 14 Standorten der Landmaschinenindustrie gegen unbezahlte Mehrarbeit.

Was die Solidarität der Betriebsräte wert ist, hat sich wenig später bei Krone (Spelle) gezeigt. Dort forderte die Geschäftsleitung zwei Wochenstunden Mehrarbeit für lau; ansonsten müsse auf Millioneninvestitionen an deutschen Standorten verzichtet werden. Der Betriebsrat lehnte dankend ab.

»Solche Generalangriffe können wir nur gemeinsam abweh-

ren«, sagt Norbert Schulze, Betriebsratsmitglied bei Lemken. Außerdem bringe unbezahlte Mehrarbeit nur vorübergehende Vorteile. Denn: Sobald die Konkurrenz nachziehe, schmelze der Vorteil dahin. Am Ende, befürchtet Günter Laumann, Betriebsratsmitglied bei Claas (Harsewinkel), vernichte längere Arbeitszeit sogar Arbeitsplätze. Bei Einführung der 40-Stunden-Woche »müssten zehn Prozent unserer Kollegen gehen«.

IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel hat die Arbeitgeber zum Umdenken aufgefordert. Der

Streikrecht
Erfolg für die IG Metall

Das Frankfurter Arbeitsgericht hat eine Klage des Arbeitgeberverbandes »Nordmetall« abgewiesen, der IG Metall Streiks bei betrieblichen Verlagerungen zu verbieten. »Nordmetall« hatte die IG Metall im vergangenen Jahr verklagt, nachdem die Beschäftigten bei Otis (Stadthagen) und Heidelberger Druck die Arbeit niedergelegt hatten. Sie wollten Abfindungen und Qualifizierungen für die von Werkschließungen betroffenen Kollegen durchsetzen. IG Metall-Jurist Peter Hunnekuhl: »Mit dem Richterspruch wurde der Angriff auf das Streikrecht abgewehrt.« ◀

Niedriglöhne
Sog nach unten

Nach einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind 17,1 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten Geringverdiener (1996: 15,8 Prozent). Nur ein Drittel dieser Beschäftigten habe zwischen 1996 und 2001 die Niedriglohnschwelle überschreiten können. Zehn Jahre zuvor waren es noch 50 Prozent. Innerhalb der EU sei die Bundesrepublik jetzt Schlusslicht. ◀



Produktion bei Lemken (Alpen): »Generalangriff abwehren«

internationale Wettbewerb lasse sich nicht über längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne gewinnen, sondern nur über die Qualität. ◀

Nachgefragt . . .

Arbeitszeit-Gestaltung

Die Bezirksleitung der Stuttgarter IG Metall hat erstmals einen Tarifvertrag zur Gestaltung der Arbeitszeit vereinbart. Er sieht ergänzend zur heutigen Tarifregelung Langzeit- und Flexikonten vor. Langzeitkonten sollen der individuellen Arbeitszeitgestaltung, Flexikonten der Beschäftigungssicherung dienen. **metall sprach mit Bezirksleiter Jörg Hofmann.**

metall: Bedeuten Langzeitkonten längere Arbeitszeiten?

Hofmann: Nein, wir haben die Bedingungen dafür festgelegt und damit betrieblichen Wildwuchs eingedämmt. Mit Langzeitkonten können die Beschäftigten Mehrarbeit mit Freizeit ausgleichen. Arbeitsmarktpolitisch ist das jedenfalls positiver zu bewerten als eine Auszahlung in Euro. Zusätzlich erhalten sie damit mehr Freiräume für ihre Lebensarbeitszeit-Gestaltung.

metall: Der Tarifvertrag erlaubt

»Intelligenter arbeiten – nicht länger«

300 Stunden auf dem Flexi-Konto – ist das nicht ein bisschen zuviel?

Hofmann: Es gibt heute schon Betriebe, die höhere Grenzen vereinbart haben. Leider sind die Ausgleichszeiträume oft kaum noch relevant – obwohl es im Tarifvertrag steht. Das muss sich wieder ändern, wir möchten die tarifliche Regelung wieder zurückgewinnen. Die 300 Stunden werden in der Regel durch die betrieblichen Vereinbarungen nicht ausgeschöpft.

metall: Wie steht es mit der Zeitsouveränität für Beschäftigte?

Hofmann: Gerade auf diesen Punkt haben wir großen Wert gelegt und im Tarifvertrag genau definiert: Die Stunden in

den Langzeitkonten stehen ausschließlich den Beschäftigten zur individuellen Verfügung. Der Arbeitgeber hat darauf keinen Zugriff.

metall: Hört das Gejammere der Arbeitgeber über starre Arbeitszeiten jetzt auf?

Hofmann: Diese an den betrieblichen Tatsachen vorbeigehende Kritik hat stets dazu gedient, längere Arbeitszeiten durchzusetzen. Dem wirken wir mit unserer Vereinbarung weiter entgegen. Wir wollen lieber intelligenter arbeiten statt länger. Den Sprüchen über starre Arbeitszeiten wird damit gänzlich der Boden entzogen.

metall: . . . allerdings entfallen die Überstunden-Zuschläge . . .



Jörg Hofmann: »Freiräume für die Lebensarbeitszeit-Gestaltung«

Hofmann: Dieses Problem gibt es doch heute schon: Wenn die Arbeitszeit ungleich verteilt ist, entfallen häufig Überstunden-Zuschläge. Andererseits verpflichten sich die Betriebe aber auch, die Beschäftigung trotz Arbeitsmangels zu sichern, indem die Arbeitszeit abgesenkt wird – bei gleichem Entgelt. ◀

Opel-Zukunftsvertrag

Nur mehr Nachfrage hilft wirklich

Fünf lange Monate haben Opel-Beschäftigte an den Standorten Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern um ihre Jobs gebangt. Macht der Zukunftsvertrag vom 4. März sie sicherer?

Die Mutter General Motors hat Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, den Erhalt und die Auslastung aller Standorte bis Ende 2010 zugesichert. Sie hat entschieden, die Produktion und Konstruktion der europäischen Mittelklasse in Rüsselsheim zu konzentrieren. Bochum erhält zusätzlich den Astra-Fünftürer.

Die Opfer sind groß:

► Ihre Zahl wird – ohne betriebsbedingte Kündigungen – um 9000 verringert. Das ist fast ein Drittel der Belegschaften an den Standorten. 6000 scheiden

über das Opel-Abfindungsprogramm aus, 1000 über Altersteilzeit, 2000 wechseln zu einem neuen Besitzer – entweder durch Verkäufe oder Gemeinschaftsunternehmen (Joint-Ventures).

► Es gibt Null-Runden und Anrechnungen von Tarifierhöhungen. Das Weihnachtsgeld wird weniger.

► Die Arbeitszeit wird – unter Einschluss von Samstagen – weiter flexibilisiert. Im Schnitt gilt jedoch weiter die 35-Stunden-Woche.

Größer als die Opfer waren die Ängste der Beschäftigten. Deshalb haben sie den Zukunftsvertrag durchweg begrüßt. Immerhin bleiben ihre Löhne und das Weihnachtsgeld auch nach der Notoperation über Tarif. Aktuell ist auch der Opel-Markanteil gestiegen. Testergebnisse bescheinigen den neuen Modellen wichti-

ge Neuerungen und gute Qualität. Und die Geschäftsleitung hat zugesagt, ihre europäische Verkaufsoffensive »durch weitere innovative Produkte auf höchst-



Foto: opa / tschauner

tem qualitativen Niveau« fortzusetzen.

Diese Entwicklungen nähren die Zuversicht. Opel könnte nach den Managementfehlern der Vergangenheit und den daraus resultierenden tiefen Zahlen bald wieder schwarze Zahlen schreiben. Denn die Zukunft des Unternehmens hängt weniger von Opfern der Beschäftigten und Zusagen der Manager ab, sondern von den Verkaufszahlen.

Deren Entwicklung bleibt jedoch auch nach der Notoperation ungewiss. Vor allem in dem Massensegment, das Opel bedient. Denn weiterhin sorgen Arbeitsplatzab-

bau und Sparmaßnahmen, die ja nicht nur Opel-Beschäftigte treffen, für Kaufzurückhaltung. Die Binnennachfrage ist nach wie vor schwach.

Deshalb mischt sich in die Zuversicht der Opelaner die bange Frage, wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Zukunft entwickeln. Verändern sie sich nach 2007 »wesentlich«, dann, so steht es im Zukunftsvertrag, »werden Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat einvernehmliche Lösungen suchen«. Und das kann heißen: Das Bangen der Beschäftigten um ihre Jobs beginnt aufs Neue. Autos kaufen nun mal keine Autos. ◀



Foto: picture-alliance / ZB/Woif

Job-Gipfel-Teilnehmer Bundeskanzler Gerhard Schröder

Foto: picture-alliance / dpa / Grimm

Job-Gipfel-Teilnehmer Außenminister Joschka Fischer

Denn sie wissen

Der rot-grün-schwarze Job-Gipfel brachte vor allem eins: viel heiße Luft und Steuergeschenke für Unternehmer. Die Kassen der Konzerne werden sich nun noch mehr füllen. Und das, obwohl die Bosse ohnehin nicht wissen, wohin mit ihren Gewinnen. Und Bundesregierung und Opposition? Die wissen immer noch nicht, was sie gegen die Arbeitslosigkeit tun sollen.

Die Wirtschaftsbosse reiben sich die Hände. Mit so vielen Zugeständnissen der Regierung hatte niemand gerechnet. Der Pakt den Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer, CDU-Chefin Merkel und CSU-Boss Stoiber auf dem Job-Gipfel schlossen, sieht eine Unternehmenssteuerreform vor, bei der vor allem die Unternehmer sparen. Denn die Körperschaftssteuer – die Einkommensteuer einer GmbH oder Aktiengesellschaft – soll von 25 auf 19 Prozent sinken.

Ein teurer Spass für die Bundeskasse, denn insgesamt könnte das Finanzminister Hans Eichel sieben Milliarden Euro kosten. Geld, das in Zukunft woanders fehlen wird.

Für die Arbeitslosen hat der Job-Gipfel wenig gebracht. Die Steuergeschenke sollen Investitionen anregen, die Jobs schaffen. »Studien deuten aber darauf hin, dass Steuersenkungen nur einen mäßigen Einfluss auf Investitionen haben«, kritisiert der Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stif-

tung, Gustav A. Horn. Und auch der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters weiß: »Die Vergangenheit hat gezeigt, dass niedrige Steuern die Gewinne erhöhen, jedoch keine Arbeitsplätze schaffen.«

Der Job-Gipfel, der wie ein spontanes Treffen wirkte, war ohnehin von langer Hand geplant. Es begann – wie so oft – mit Sabine Christiansen. Industriepäsident Jürgen Thumann, Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und CDU-Chefin Angela Merkel waren Anfang Februar bei der Talkshow geladen. Vorab informierte Thumann die drei Mitstreiter über seinen Vorschlag zur Steuersenkung. Bei Christiansen spielten sich die drei dann willig die Bälle zu. Thumann: »Wichtig wäre es, dass wir beim Thema Steuerpolitik einen Schritt nach vorn tun.« Clement: »Wir müssen einen Schritt tun, um den Standort wettbewerbsfähig zu halten in der Unternehmensbesteuerung.« Und Merkel: »Wir erwarten von der Bundesregierung jetzt eine Initiative.«

Seit dem Job-Gipfel scheint eine weitere finanzielle Entlastung der Konzerne beschlossene Sache. Eine beschlossene Sache mit einem Haken allerdings. Ökonom Horn befürchtet mit der geplanten Steuersenkung

Der Job-Gipfel

Die wesentlichen Ergebnisse:

- ▶ Keine Einschränkung von Tarifautonomie und Mitbestimmung.
- ▶ Zusätzliche Investitionen für die Infrastruktur (2 Milliarden Euro im Verkehrssektor).
- ▶ Besondere Aktivitäten für unter 25-Jährige und über 55-Jährige Arbeitslose.
- ▶ Unternehmenssteuerreform, die unter anderem die Steuersätze für Unternehmen senkt. ◀

Das Fazit der IG Metall:

- ▶ Zur Überwindung von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit muss mehr passieren.
- ▶ Wir brauchen ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 20 Milliarden Euro.
- ▶ Deutschland braucht eine transparente und gerechte Steuerreform wie das von der IG Metall unterstützte Konzept einer »Solidarischen Einfachsteuer«. ◀



Job-Gipfel-Teilnehmerin CDU-Chefin Angela Merkel



Job-Gipfel-Teilnehmer CSU-Chef Edmund Stoiber

nicht, was sie tun

einen gegenteiligen, unerwünschten Effekt auf den Arbeitsmarkt. Ein Effekt, der sich seit Beginn der »Steuerreform 2000« beobachten lässt: Weil das Geld in der Bundeskasse immer knapper wird, werden öffentliche Investitionen weiter gekürzt. Für Horn »eine ernsthafte Belastung für Wachstum und Beschäftigung«. Der Bundesregierung fehlen seit Beginn ihrer Steuerreform Einnahmen

in Milliarden Höhe. Ein Loch, das sich kaum noch seriös schätzen lässt. Dieses Loch musste Eichel – auch mit Rücksicht auf den Stabilitätspakt der Europäischen Union – mit Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt überkompensieren. Horn: »Ein verlässliches Investitionsprogramm würde der Konjunktur weitaus besser bekommen als die Senkung der Unternehmenssteuer.«

Auf wen die Last dieser politischen Entscheidungen abgewälzt werden soll, ist nur un schwer zu erkennen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Familien haben immer weniger Geld in der Tasche

Deshalb braucht Deutschland Alternativen wie die »Solidarische Einfachsteuer«. Das Arbeitnehmerbegehren der IG Metall unterstützt die Einfachsteuer, weil sie soziale

Nachgefragt . . .



. . . bei Peter Bofinger, Wirtschaftsprofessor an der Uni Würzburg

metall: Wird der Job-Gipfel Jobs schaffen?

Bofinger: Man darf sich davon keine Wunder erwarten, denn es ändert sich dadurch nichts an den grundlegenden Problemen. Dass unsere Wirtschaft nicht läuft, liegt an der seit Jahren stagnierenden Binnennachfrage. Und das ist wiederum darauf zurückzuführen, dass die Reallöhne seit 2001 nicht mehr gestiegen sind. Im letzten Jahr sind sie sogar gesunken. Wenn sich an dieser fast deflationären Grundtendenz nichts ändert,

gibt es in einer so stark von der Binnendynamik abhängigen Volkswirtschaft wie Deutschland auch keinen selbst tragenden Aufschwung und damit auch keine neuen Jobs. Das wusste schon Ludwig Erhard. Er schrieb in seinem Buch »Wohlstand für alle«, »dass der oft geübte Widerstand der Arbeitgeber gegenüber Lohnerhöhungen (...) nicht in das System der Marktwirtschaft passt«.

metall: Von der Kapitalsteuersenkung werden wohl nur die Aktiengesellschaften profitieren?

Bofinger: Das kommt darauf an, wie die Gegenfinanzierung ausfällt. Aber grundsätzlich sollen damit internationale Investoren ange regert werden, stärker in Deutschland zu investieren. Die meisten deutschen Unternehmen werden als Personengesellschaften geführt, und die gehen bei dieser Maßnahme leer aus.

metall: Sollten die Gewerkschaften sich jetzt mit ihren Alternativen stärker einmischen?

Bofinger: Natürlich. Die Menschen müssen mehr noch als bisher erkennen, woher die Arbeitslosigkeit kommt und wie die alternativen Therapien zu bewerten sind.

metall: Das vom Kanzler angeforderte Gutachten der Wirtschaftsweisen zur Steuerreform können Sie sich ja jetzt wohl sparen.

Bofinger: Nein, so einfach ist das nicht. Das vom Sachverständigenrat in seinem Gutachten 2003/04 vorgeschlagene Modell der »Dualen Einkommensteuer« ist sehr viel ambitionierter. Es zielt darauf ab, alle Kapitaleinkommen mit einem einheitlichen Satz von 30 Prozent zu besteuern, während bei Arbeitseinkommen ein weiterhin ansteigender Tarif gelten soll. Allerdings ist durch die jetzt beschlossene Senkung des Körperschaftsteuersatzes der Hauptkritikpunkt der Unternehmen am deutschen Steuersystem aus der Welt geräumt, so dass umfassendere Lösungen weniger dringlich erscheinen. ◀

Auf den Hundt gekommen



Foto: picture-alliance / dpa / Phick

Bundespräsident Horst Köhler: »Vor Wirtschaftsvertretern in Berlin«

Dreißig Minuten lang machte Bundespräsident Horst Köhler die Vertreter der deutschen Wirtschaft glücklich. **metall** analysiert, was er in seiner »Hauruck-Rede« sagte, und was er wirklich meinte.

Köhler über die Wirtschaft: »Die Regeln lauten: Privateigentum und Vertragsfreiheit, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und ein stabiles Geldwesen, eine Sicherung vor den großen Lebensrisiken für jeden und Haftung aller für ihr Tun und Lassen.«

metall: Das Wort »sozial« taucht in Köhlers Definition einer Marktwirtschaft nicht mehr auf. Der Bundespräsident wünscht sich eine Ordnung, in der Märkte und Wettbewerb das Sagen haben. Bekommen Arbeitslose, Kranke oder ältere Menschen künftig noch genug Geld, um vor Not geschützt zu sein? Köhlers Vorschlag: Der Markt soll es richten.

Köhler über Gewerkschaften: »Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren Lohnzurückhaltung geübt. Damit haben

sie einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geleistet. Das verdient Anerkennung. Dieser Pfad muss fortgesetzt werden.«

metall: Köhler will den Gewerkschaften einen Maulkorb verpassen. Und: Er wünscht sich Nullrunden bei den Löhnen.

Köhler über Tarifpolitik: »Die Lohnkosten sind nicht nur wegen der hohen Sozialabgaben so hoch. Mehr als die Hälfte der Lohnnebenkosten beruht auf Tarifautonomie. Zu lange wurden solche Verträge zu Lasten Dritter abgeschlossen – zu Lasten der Arbeitslosen und der Steuerzahler.«

metall: Der Bundespräsident greift die Tarifautonomie an. Dazu der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters: »Tarifverträge sind heute der einzig wirksame Schutz für Arbeitnehmer. Ohne sie wären die Arbeitseinkommen längst abgestürzt und die Arbeitnehmerrechte geschliffen«. Köhlers Aussage ist auch verfassungsrechtlich brisant: »Diese Autonomie ist ein hohes Verfassungsgut, in das nicht ohne Not politisch eingegriffen wer-

den sollte«, kritisiert der Verfassungsrechtler Christoph Degenhart die Aussage des Bundespräsidenten.

Köhler zur sozialen Sicherung: »Am wirkungsvollsten wäre es, die Kosten der sozialen Sicherung völlig vom Arbeitsverhältnis abzukoppeln.«

metall: Heißt das amerikanische Verhältnisse für Deutschland? In den USA ist jeder für sich selbst verantwortlich. So stellt sich Köhler das wohl auch hierzulande vor. Ein solches System trifft besonders die Menschen mit wenig Geld: Kranke und Rentner. Aber auch kinderreiche Familien und alle, die sich eine private Versicherung nicht leisten können. Kurz, der Bundespräsident rechnet wie ein Arbeitgeber: Weg mit den Sozialabgaben plus Weihnachts- und Urlaubsgeld. Und die Lohnfortzahlungen? Natürlich auch streichen.

Köhler über die Verantwortung von Unternehmen: »Die Hauptaufgabe von Unternehmen und Betrieben ist: Am Markt erfolgreich zu sein und Gewinne zu machen. Das verdient immer wieder klar gesagt zu werden.«

metall: Damit meint der Bundespräsident: Gewinne sind wichtiger als eine soziale, moralische oder ökologische Verantwortung. Ist es das, was wir künftig wollen? Was ist mit familienfreundlichen Betrieben, Arbeitsplätze für Behinderte? Was wird aus dem Gesundheitsschutz? Von dieser unternehmerischen Verantwortung spricht Köhler nicht. Es zählt nur eins: Kapitalismus pur.

FAZIT: MIT SEINER REDE QUALIFIZIERT SICH HORST KÖHLER VOR ALLEM FÜR EINS: ZUM NEUEN ARBEITGEBERPRÄSIDENT.

Gerechtigkeit, Steuervereinfachung und Finanzierbarkeit verbindet. Die Idee: Untere und mittlere Einkommen werden um etwa 24 Milliarden Euro entlastet. Das Konzept sieht auch vor, alle Einnahmearten vollständig zu erfassen und gerecht zu besteuern. Dabei bleibt das Steueraufkommen so hoch, dass der finanzielle Handlungsspielraum des Staates erhalten bleibt. Im Vergleich zu der von rot-grün-schwarz vorgeschlagenen Reform hätten Bund, Länder und Gemeinden allein im Jahr 2005 über zwölf Milliarden

Euro mehr in der Kasse, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Dabei sind die Mehreinnahmen durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer nicht berücksichtigt.

Die Alternative: die Solidarische Einfachsteuer

Die Kernpunkte der Einfachsteuer sind:

- ▶ Solidarische Gestaltung der Steuertarife,
- ▶ Verhindern von Steuerschlupflöchern und Steuerflucht,
- ▶ Einführung einer Vermögenssteuer und

höhere Erbschaftsteuer,

- ▶ Steuerfreiheit der Zuschläge für Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit,
- ▶ europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen.

Die rot-grüne Regierung sollte nach kreativen und neuen Lösungen suchen, statt immer weiter – zu Gunsten der Unternehmer und zu Lasten der Arbeitnehmer – die Steuern zu senken. Die Alternativen der IG Metall liegen längst auf dem Tisch. ◀

Susanne Rohmund



Foto: Annette Hornischer

Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Deutschland braucht einen Investitionsschub in Höhe von 20 Milliarden Euro jährlich.

Der März hatte es in sich. Erst kam die Horrorzahl von 5,2 Millionen Arbeitslosen aus Nürnberg. Dann eine »Brandrede« von Bundespräsident Horst Köhler, zwei Tage später folgte die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und am gleichen Abend der Job-Gipfel. Es bewegt sich doch was in Deutschland, möchte man meinen. Es fragt sich nur in welche Richtung.

schwach und kein Signal an die Bevölkerung, sondern ein Signal an die Arbeitgeber. Dass sie jetzt auch auf die Unterstützung des höchsten Repräsentanten des Staates bauen können auf ihrem Weg in eine Gesellschaft, in der Kapital und Profit groß, die Menschen und die Gesellschaft aber klein geschrieben werden. Schade.

Und der Bundeskanzler? Schröder hat sich mit seiner Rede wohltuend vom Bundespräsidenten abgehoben. Mindestens hat er ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat, zur Tarifautonomie und zur Mitbestimmung abgegeben. Und er hat mit einem Investitionsprogramm und den angekündigten Maßnahmen für junge und ältere Arbeitslose Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen. Diese Schritte sind richtig. Aber sie sind bei weitem nicht groß genug um

Kleine Schritte in die richtige Richtung

Für Bundespräsident Horst Köhler ist die Richtung klar: rechts vor links. Mit seiner Rede hat er jedes Vorurteil über seine Person bestätigt. Niemals vorher hat ein Bundespräsident so klar und unverblümt Position für die Arbeitgeber eingenommen. Alle Maßnahmen, die er uns als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit verkaufen wollte, könnten aus dem Lehrbuch des Wirtschaftsliberalismus stammen: Lohnzurückhaltung, Senkung von Unternehmenssteuern und angeblich zu hohe Lohnnebenkosten. Für Letzteres hat er auch gleich den Schuldigen parat gehabt: »Mehr als die Hälfte der Lohnnebenkosten beruht auf Tarifverträge. Zu lange wurden solche Verträge zu Lasten Dritter abgeschlossen – zu Lasten der Arbeitslosen und der Steuerzahler«. Mir wäre neu, dass wir die Beitragssätze der Krankenkassen- oder Arbeitslosen- und Rentenversicherung per Tarifvertrag festlegen würden. Dann kann der Bundespräsident ja nur Urlaubs- und Weihnachtsgeld meinen. Das aber sind keine Lohnnebenkosten, sondern Lohn, Entgelt für das die Menschen hart gearbeitet haben. Diese Rede war enttäuschend. Inhaltlich

das Problem vor dem wir stehen, wirksam zu bekämpfen.

Deutschland braucht einen Investitionsschub. Die öffentliche Hand muss in Schulen, in Straßen, in Kanalisation, in Bildung investieren. Das gibt Arbeitsplätze und es sichert auch unseren Kindern einen intakten Wirtschaftsstandort. Dafür brauchen wir Geld, 20 Milliarden Euro im Jahr. Die Regierung muss den Mut aufbringen, die Unternehmen und die Reichen zur Kasse zu bitten und sie nicht weiter mit Steuergeschenken, wie eine weitere Senkung der Körperschaftsteuer, zu überhäufen. In der Frage der Investitionen hat der Bundeskanzler die richtige Richtung eingeschlagen, er muss sie nur konsequenter gehen. Die Arbeitslosen werden es ihm danken – da macht es nichts, wenn ihn die Unternehmer beschimpfen; sie haben ja Köhler.

Jürgen Peters



Ausbildungsmeister Steffen Joost und Azubi Mariano Engel an der Werkbank: »Die Arbeit gefällt mir«

»Basis für die Zukunft«

Junge Menschen, die schwer lernen oder in »problematischen« Familien aufwachsen, haben wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. In außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen können Jugendliche durch eine intensive Betreuung eine anerkannte Ausbildung machen.

Kloster Veßra liegt im südlichen Vorland des Thüringer Waldes. Die Landschaft sieht idyllisch und verträumt aus. Hinter mittelalterlichen Klostermauern ist nicht nur das Hennebergische Museum zu finden, das sich unter anderem der Volkskunde der Region widmet. Auf dem sechs Hektar großen Grundstück hat auch das Südthüringer Bildungszentrum Holz e.V. (SBZ) seinen Platz. Ein freier Träger, der Jugendliche zu Tischlern oder Holzfacharbeitern ausbildet.

Der größte Teil der Schüler in Kloster Veßra gilt als lernbeeinträchtigt oder »sozial benachteiligt«. Das Berufsbildungsgesetz sowie das Dritte Sozialgesetzbuch (SGB III) sieht vor, dass Jugendliche, deren Entwicklungsstand eine erfolgreiche Ausbildung in einem anerkannten Beruf nicht erwarten lässt, an einer öffentlich geförderten Maßnahme teilnehmen.

Wie etwa Mariano Engel. Er machte zunächst ein Berufsausbildungsvorbereitungsjahr im SBZ. Davor waren seine Aussichten trübe: Förderschule, kein Schulabschluss und wenig Hoffnung, eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Heute hat er einen Hauptschulabschluss und macht seit September letzten Jahres eine Ausbildung zum Holzwerker. Der 17-Jährige lächelt und sagt: »Ich hätte

mir nicht vorstellen können, dass mir die Ausbildung so viel Spaß machen würde.« Seine erste Holzarbeit, ein kleiner Schemel, konnte Mariano schon nach zwei Wochen stolz zu Hause vorführen.

Weil die tägliche Anfahrt nach Kloster Veßra mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwei Stunden dauern würde, wohnt Mariano unter der Woche im Internat, das mit dem Bildungszentrum zusammen arbeitet. »Mir gefällt es gut

»Wir geben den Kids das Gefühl gemocht zu werden«

dort. Außerdem habe ich auch neue Freunde gefunden.« Im Winter fährt er die fünf Kilometer zum Kloster mit dem Bus. »Im Sommer will ich mit dem Fahrrad kommen.«

Mariano hat die Möglichkeit bekommen, mit Hilfe der einfühlsamen Betreuung der Sozialpädagogen und Lehrer sowie der individuellen Unterstützung der Meister, sein handwerkliches Geschick weiter zu entwickeln. Im zusätzlichen Förderunterricht mit maximal fünf Schülern können sich Lehrer intensiver mit den Azubis befassen. An den Werkbänken antwortet Steffen Joost, einer der Meister im SBZ, auch auf die hunderste Frage. Die Pädagogen versuchen, die Lehr-

programme auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schüler anzupassen und auch deren Eltern mit einzubinden.

Horst Gröschl, Betriebsratsvorsitzender und Lehrer im Südthüringer Bildungszentrum, sagt: »Diese jungen Menschen brauchen eine individuelle Betreuung, besonders im pädagogischen Bereich.«

Viele der Jugendlichen im Kloster haben in der Vergangenheit kaum positive Erfahrungen gemacht. Manche kommen aus zerrütteten Familienverhältnissen oder waren kurz davor, auf die schiefe Bahn zu geraten. »Wir bilden hier nicht nur aus, wir geben den Kids auch das Gefühl, gemocht und gebraucht zu werden.«, sagt Gröschl. Aus seiner Erfahrung weiß er, dass viele der Schüler bei einer Ausbildung im Betrieb kaum eine Chance gehabt hätten, sich zu bewähren.

Die Betriebe im Tischlerhandwerk sind eher klein- und mittelständisch. In den letzten Jahren schrumpften die Gewinne. Zahlreiche Betriebe mussten schließen und die Konkurrenz ist gestiegen – gerade in Ostdeutschland. »Ein Schüler, dem das Lesen und Schreiben schwer fällt, hält diesen Druck emotional kaum aus und nach wenigen Wochen brechen sie die Lehre ab«, sagt Gröschl.



Thomas Schwarzfischer: »Vielleicht gehe ich ins Ausland«

Der 49-Jährige kennt jeden Einzelnen in der Einrichtung mit Namen, und fast entsteht der Eindruck, er sei für den einen oder anderen Jugendlichen eine Art Vaterersatz.

Zurzeit befinden sich im Südthüringer Bildungszentrum 104 Schüler in einer »Maßnahme«, die von 13 Meistern, fünf Sozialpädagogen und fünf Lehrern betreut werden. Das Bemühen um jeden Einzelnen hat sich bewährt: Jeder Lehrling hat bisher seinen Abschluss geschafft. Viele von ihnen wurden sogar von der Südthüringer Industrie- und Handelskammer ausgezeichnet, weil sie ihre Ausbildung als Beste im Kammerbereich abschlossen. »Junge Menschen, die vorher kaum die Schule gepackt haben, sind heute Tischler oder Holzwerker«, sagt Gröschl nicht ohne väterlichen Stolz.

Kloster Veßra bildet nach dem dualen System aus. Während einer dreijährigen Lehre muss ein betriebliches Praktikum von je vier, sechs und acht Wochen pro Ausbildungsjahr absolviert werden. Dazu gehört der Unterricht am Staatlichen Berufsschulzentrum im naheliegenden Hildburghausen. Besonders stolz ist der Betriebsratsvorsitzende, weil so viele Jugendliche in der Gewerkschaft sind: »Obwohl in überbetrieblichen Einrichtungen die Vergütung geringer ist, als die branchenübliche – tarifvertragliche – waren 2004 von 150 Azubis rund 86 Prozent in der IG Metall Mitglied.«

Auch nach der Ausbildung werden die Jugendlichen nicht alleine gelassen. Lehrer und Ausbilder versuchen, sie in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln. Im Jahr 2003 kamen von rund 200 Schülern et-



Das romanisch-gotische Klostergebäude wurde 1131 erbaut

wa 60 Prozent in einem Betrieb unter. 2004 und 2005 werden es vermutlich rund 40 Prozent sein.

Auch Thomas Schwarzfischer macht gute Erfahrungen in Kloster Veßra. Vor drei Jahren fing er eine Lehre als Polster- und Gestellbauer an. Doch der Betrieb machte pleite. »Fast ein Jahr Lehre für die Katz«, sagt der 19-Jährige. Kloster Veßra kannte er: »Mein Vater hat hier schon seine Ausbildung gemacht.« Damals waren es noch die Lehrwerkstätten der Themarer Möbelwerke. Der Vater brachte ihn auf die Idee, sein Glück im Bildungszentrum zu versuchen. Durch das Arbeitsamt in Suhl – das die Maßnahmen im SBZ finanziert – wurde er auch nach Kloster Veßra vermittelt. Die Berufsberater des Arbeitsamts haben mit dem SBZ gute Erfahrungen machen können. Sie wissen, dass die Betreuung dort intensiv ist und die Azubis ihre Lehre erfolgreich abschließen.

Wie Thomas: Im September diesen Jahres wird er ausgebildeter Tischler sein. Die Meister sind von seinem handwerklichen Talent begeistert. Er beherrscht nicht nur die Praxis, sondern auch die Theorie: Die Lehrer an der Schule hoffen, dass Thomas noch den Realschulabschluss zuerkannt bekommt. Dafür muss er seine Prüfung mit einer Note von 2,0 abschließen. »Das klappt bestimmt«, hofft auch der angehende Tischler. Ob er danach eine feste Anstellung in der Umgebung finden wird? Abwarten. Aber er sieht zuversichtlich in die Zukunft: »Wenn ich hier keine Arbeit finde, gehe ich vielleicht ins Ausland.«, sagt er selbstbewusst. Österreich könne er sich vorstellen. Dort gäbe es in der Holzverarbeitung

viele Möglichkeiten. »Mir ist eine feste Arbeit wichtig. Aber ich möchte auch andere Länder und Kulturen kennenlernen. Warum nicht beides verbinden?« Thomas Schwarzfischer ist selbstbewusst und neugierig – gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche, berufliche Laufbahn. Auch ihm hat das intensive Lernen in Kloster Veßra genutzt. Zweifellos können Jugendliche in einer außerbetrieblichen Bildungseinrichtung einen anerkannten Beruf erlernen. Solche Maßnahmen ersetzen nicht die betriebliche Ausbildung. Doch die jungen Menschen erhalten eine Basis, auf die sie aufbauen können. Ein erster Schritt, um irgendwann auf eigenen Beinen zu stehen. ◀

Antonela Pelivan

Hintergrund

Bundesregierung und Arbeitgeber erklärten noch vor wenigen Monaten im »Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland«, Bildung und Qualifizierung seien die Grundlage des Wohlstands. Die Realität ist eine andere: Trotz hoher Arbeitslosigkeit wurde mit den so genannten Hartz-Gesetzen die geförderte Weiterbildung nach dem Dritten Sozialgesetzbuch (SGB III) massiv zusammengestrichen. Gewerkschaften schätzen, dass 2004 rund 1,4 Milliarden Euro eingespart worden sind. Seit Januar diesen Jahres bangen viele Weiterbildungseinrichtungen um ihre Existenz. Die Fördermittel werden von den Landesarbeitsämtern öffentlich ausgeschrieben. Träger, die für wenig Geld ihre Leistungen anbieten, erhalten oft den Zuschlag. Ob die Einrichtung gut oder schlecht ausgebildet, ist Nebensache. Die Zauberformel lautet Kostenreduzierung. Ein Ergebnis: Die Konkurrenz unter den Bildungsträgern nimmt Dimensionen an, die mit einem Basar vergleichbar sind. Nach wie vor steigt die Arbeitslosigkeit von unter 25-Jährigen. In strukturschwachen Regionen sind die freien Bildungseinrichtungen oft die einzige Möglichkeit, eine Lehre abzuschließen – gerade in Ostdeutschland. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit machten 2004 bundesweit 237 000 Menschen eine ausbildungsfördernde Maßnahme, wie Praktika oder Berufsvorbereitungsjahr. Trotz »Ausbildungspakt« suchten im Dezember 2004 noch offiziell 33 331 Jugendliche eine Lehrstelle.

Mehr im Infos im Internet:

- ▶ www.sbzholz.de
- ▶ www.igmetall-wap.de
- ▶ www.jugend.igmetall.de
- ▶ www.arbeitsagentur.de

Die neuen Neonazis

Zeit zur Gegenwehr



Foto: attendone / Mithras

Die Umtriebe der Neonazis haben eine neue Qualität erreicht. Sie sitzen in den Parlamenten, marschieren auf den Straßen, werben an den Schulen und bedrohen Gewerkschafter sowie Demokraten. Dabei nutzen sie die berechtigte Wut vieler Menschen auf die Politik, deren Sozialabbau-Programme angeblich alternativlos sind. Doch statt die neoliberale Politik und Arbeitgeber anzugreifen, wollen sie die Schwächsten der Gesellschaft ausgrenzen. Immer mehr Beschäftigte werden gegen den rechten Spuk aktiv. Einige Szenen – nicht nur aus der Provinz.

Text: Fritz Arndt, Marlies Dahne, Volker Hermsdorf

Eisenach

Auf dem Eisenacher Marktplatz brodelte es. Gleich neben dem Bus der IG Metall versuchte eine Gewerkschafterin per Lautsprecher zu erklären, wie ungerecht die Hartz-Gesetze sind; direkt davor brüllten einige Dutzend Neonazis dumpfe Parolen. Die Rednerin gab schließlich auf, die Montags-Demo gegen Hartz IV musste abgebrochen werden. Ist es schon wieder so weit?

Von wegen, sagten sich die Mitglieder des »Eisenacher Bündnisses gegen Sozialkahlschlag« im Januar – und meldeten erneut ihre Montagsdemonstrationen auf dem Marktplatz an. Die Eisenacher Polizeiinspektion fand das ungehörig. Das Bündnis, schrieb Polizeihauptkommissar Hilger an die Stadt, »will die Provokation auf dem Markt erreichen«; dessen Leute hätten schon während der Demonstrationen in den vergangenen Monaten »verbal« die »Kameradschaft ESA gestört«. Die »Kameraden« sind berüchtigte Neonazis in Eisenach (»Jugend muss sich organisieren«).

Am Ende entschied die Stadt, dass das Bündnis nur noch alle 14 Tage auf den Marktplatz darf – der Termin zwischen den Kundgebungen soll den Neonazis gehören. Das Verwaltungsgericht Meiningen und schließlich das Obergericht Weimar haben die Entscheidung bestätigt. Richard Dewes (SPD), in den neunziger Jahren Innenminister Thüringens und heute Rechtsanwalt, hält das für einen großen Fehler. »Es entsteht der Eindruck, dass sich der CDU-Bürgermeister und die Verwaltung von den Rechten einschüchtern lassen«.

Das ist ja ihr Ziel – beispielsweise im vergangenen Herbst, als beim »Antifa-Ratschlag« in der Gothaer Herzog-Ernst-Gesamtschule Thüringer Initiativen über die rechte Szene diskutierten. An der Veranstaltung nahmen mehrere DGB-Einrichtungen, Kirchenvertreter, die Gothaer Naturfreundejugend und Mitarbeiter der Beratungsstelle »Mobit« teil. Prompt stellten die Neonazis Steckbriefe der Teilnehmer mit Fotos und Anschriften ins Netz. »Das Bildungswerk Thüringen«, hetzten sie, »ist eine Pseudo-Bildungseinrichtung, die nur dazu dient, multikulturelle Propaganda zu verbreiten... Vereinsvorsitzender ist Michael Ebenau von der IG Metall.« Das soll Angst machen.

Doch statt zu kuschen, haben sie jetzt in Eisenach ein »Bündnis gegen Rechtsextremismus« auf die Beine gestellt. Auch

Oberbürgermeister Gerhard Schneider (CDU) macht dabei mit – als Privatperson. Das Stadtoberhaupt hatte es nicht ertragen, dass die Nazis einen Schweigemarsch zu seiner Privatwohnung planten – nachdem er einen Ausländerbeirat initiiert hatte.

Verden an der Aller

Die Szenen im Verdener Hotel »Niedersachsenhof« vergangenes Jahr erinnerten an die Weimarer Republik. Drinnen hatten sich Lehrer und Schülervertreter zu einer Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) versammelt, um über Naziflugblätter und Rechtsrock-CD's an den Schulen zu diskutieren. Draußen baute sich ein Trupp Nazis auf. Erst rüttelten sie an der Hoteltür und wollten rein – die Schüler stemmten sich dagegen und verhinderten das. Dann liefen die Rechten zur Rückseite des Hotels, versuchten die Veranstaltungsteilnehmer zu fotografieren und riefen Parolen ins Mikrofon. Ingrid Berger, Lehrerin und Mitglied des GEW-Kreisverbands: »Es war bedrohlich.« Erst ein Polizei-Einsatzkommando aus Oldenburg beendete den Spuk und nahm zahlreiche bewaffnete Nazis fest.

Die Rechten stört das wenig. Für den 2. April hat die NPD in Verden eine landesweite Demonstration angesagt, und die Flugblätter werden weiter verteilt. »Sie wollen ihr Nazi-Gedankengut in die Schulen tragen«, hat Berger erkannt.

Da »unser Rechtssystem ein Verbot offenbar nicht zulässt und die Politik das Problem nicht ernst nimmt« (Ingrid Wittkau, DGB Nienburg), handelt jetzt die demokratische Öffentlichkeit. Stadt, Schüler, Vereine, IG Metall und andere Gewerkschaften wollen den 2. April in Verden zu ihrem »Aktionstag« umfunktionieren. In der Fußgängerzone soll sich an diesem Tag »die ganze Kraft der Demokratie und die Lebensfreude der demokratischen Kultur« zeigen (DGB-Aufruf).

Selbst den 1. Mai will der DGB umfunktionieren und den Neonazismus in den Mittelpunkt stellen. Wittkau: »Wir können nicht allgemein über Globalisierung reden, sondern müssen uns um die Probleme vor Ort kümmern.«

Schwäbisch Hall

Seit der Wehrmachtausstellung 2003 in Schwäbisch Hall machen die Neonazis in der Stadt mobil. Schwäbisch Hall soll »Ausgangspunkt einer neuen Kampagne« werden, schwadronieren die Rechten im

Netz, bei der die »immer brennendere soziale Frage noch stärker von der nationalen Seite her aufzugreifen« ist. Kein Wunder, dass die Gewerkschaften aufgeschreckt sind. »Innerhalb eines Jahres haben die hier mindestens zehn Mal demonstriert«, ärgert sich Siefried Hubele, Metalller und Betriebsratsvorsitzender bei Huber-Verpackungen in Öhringen. Politik und Gerichte haben zugeguckt.

Nächster Aufmarschtermin ist der 9. April. »Wir wollen eine Flut schaffen, die die Bollwerke des Gegners einschließt«, kündigen die Nazis an. Ihre Aktion mit viel Nazi-Prominenz soll das »Bündnis für ein buntes Hall« einschüchtern. In der Initiative ist auch die IG Metall engagiert. Metalller Hubele unterschreibt die Bündnis-Flugblätter als Verantwortlicher. Das ärgert die Nazis offenbar. Letztes Jahr schon sind sie daher bis kurz vor sein Wohnhaus marschiert. Hubele bringt das nicht aus der Ruhe: »Das sind Feiglinge«, hat er erkannt.

Jetzt haben IG Metall und Bündnispartner wieder mobilisiert – für eine Großdemonstration vor dem nahegelegenen Schulungszentrum der Naziorganisation »BDVG« (Bewegung deutscher Volksgenossen) im benachbarten Hohenberg. »Manche meinen noch, einzig mit Bürgerfesten und Wegsehen sei dieser braunen Brut beizukommen«, hat Schwäbisch Halls Erste Bevollmächtigte Heidi Scharf erkannt, »unsere Erfahrung ist, dass das nicht reicht.«

Auch der DGB-Landesbezirk geht in die Offensive: Die zentrale Kundgebung zum 1. Mai wurde gezielt in die Provinzmetropole Schwäbisch Hall gelegt. An dem Tag wollten auch die Nazis mal wieder marschieren, haben sich jetzt aber nach Worms und Frankenthal verdrückt. Scharf: »Wir lassen uns den 1. Mai nicht noch einmal von den Nazis wegnehmen.«

Kiel

In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel schützen am 29. Januar 2005 – im größten Polizeieinsatz seit den Brokdorf-Demos vor über 20 Jahren – 2700 Beamte den Aufmarsch von rund 400 militanten Neofaschisten. Die Nazis wollten drei Wochen vor der Landtagswahl mit der Parole »Gegen Multikulti – Weg mit Hartz IV« auf Stimmenfang gehen.

Doch die Menschen durchschauen ihr falsches Spiel. Schon am Morgen ziehen mehr als 1000 Bürger zur Nikolaikirche.



Nachgefragt ...



Foto: FM

... bei **Christoph Butterwege**, Professor für Politikwissenschaft an der Universität in Köln.

metall: Muss der Rechtsradikalismus wirklich ernst genommen werden?

Butterwege: Sehr sogar, denn er hat eine neue Qualität gewonnen. Neonazis sitzen nicht mehr faul und unfähig in den Parlamenten herum, sondern haben intellektuell aufgeholt und arbeiten professionell. Dabei können sie sich auf den Druck der Massenarbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Probleme, aber auch wachsende Enttäuschung über die etablierten Parteien stützen. Viele Bürger fühlen sich parlamentarisch nicht mehr vertreten.

metall: NPD und DVU bleiben fast überall Splitterparteien ...

Butterwege: Auch wenn diese Parteien nicht in Parlamente gelangen, beeinflussen sie das Denken vieler Menschen. Themen der Rechten breiten sich in der Mitte unserer Gesellschaft aus. »Das deutsche Volk stirbt aus« beispielsweise war immer eine Sorge Rechtsextremer, mittlerweile treibt sie auch die Massenmedien um. »Deutschland« gewinnt an Bedeutung. Man glaubt, den Gürtel enger schnallen zu müssen, damit es dem Wirtschaftsstandort »D« besser geht.

metall: Was kann politische Bildungsarbeit leisten?

Butterwege: Sie muss die Spaltung unserer Gesellschaft in Oben und Unten, in Arm und Reich stärker betonen. Arbeitslosigkeit wurzelt in einem Wirtschaftssystem, das neoliberale »Reformgesetze« wie Hartz IV sozial noch ungerechter machen.

metall: Auch Nazis wettern gegen das »System« ...

Butterwege: ... umso wichtiger ist es für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die neoliberale Standortlogik zu widerlegen und Kapitalismuskritik nicht rechten Demagogen zu überlassen. Gejammer über den kränkenden Wirtschaftsstandort ist pure Ideologie. Ganz abgesehen davon, dass die Bundesrepublik im 2004 einen Exportüberschuss von 156,7 Milliarden Euro erzielt hat, lautet die zentrale Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben? In einer kapitalistischen Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft? Oder soll es eine Gesellschaft sein, die Solidarität und soziale Verantwortung groß schreibt?

Gewerkschaften, Landtagsparteien und Kirchen treffen sich dort zu einer Mahnveranstaltung. Auch die IG Metall hat dazu aufgerufen. Später demonstrieren 8000 Menschen durch die Stadt – der »Runde Tisch« hat mobilisiert. Unter den Teilnehmern beider Demos ist Hans-Ulrich Stangen, Betriebsrat und VK-Leiter bei den HDW, sowie Vertreter der IG Metall beim »Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus« in Kiel.

»Die Nazis können abgewehrt werden, wenn Bürger sich ihnen mutig entgegenstellen«, zieht er am Abend Bilanz. Nicht nur an diesem Tag scheitern die Neofaschisten mit ihrem Aufmarsch in der Landeshauptstadt. Bei den Landtagswahlen am 20. Februar dieses Jahres erreichte die NPD 1,9 Prozent. Gerechnet hatten sie – nach ihren Erfolgen in Sachsen und Brandenburg – mit einem Ergebnis zwischen vier und sieben Prozent.

»Unsere kontinuierliche Arbeit als Runder Tisch ist sicher einer der Gründe für die Niederlage der Nazis«, sagt dessen Mitbegründer Hans-Ulrich Stangen. Das bereits im November 2000 von Kieler IG Metall-Vertrauensleuten ins Leben gerufene Bündnis gehört zu den ältesten und beständigsten in der Bundesrepublik. Ursprünglich von Gewerkschaftern ausgehend umfasst es mittlerweile nahezu das gesamte antifaschistische Spektrum in der Fördestadt.

Trotz unterschiedlichster politischer Strömungen hat das Bündnis über die Jahre gehalten. »Unser politisches Fundament ist die ‚Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus‘. Da sind alle wichtigen



Foto: Jari / Zenth

Neonazi-Provokateur: »Das sind Feiglinge«



Foto: Dirk Bernhoft

Nazi-Gegner: »Nicht einschüchtern lassen«

Zielsetzungen kurz und knapp definiert. Wer das akzeptiert kann mitmachen. Niemand wird ausgegrenzt«, verrät Stangen das Erfolgsrezept. Dabei greift das Forum durchaus kontroverse Themen auf, etwa in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat, der VVN oder zurzeit in der Vorbereitung einer Ausstellung zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus. Nicht Harmonie in allen Punkten, sondern die in der Kieler Erklärung festgelegte Grundhaltung ist gefordert. Das trägt bis heute.

Das Fazit für Metaller Stangen nach knapp viereinhalb Jahren Erfahrung mit dem Runden Tisch: »Die Zusammenarbeit hat dazu beigetragen, dass in dieser Stadt sehr viele Menschen nicht einfach wegsehen, wenn Verbrecher aufmarschieren, sondern sich ihnen entgegenstellen.«



Foto: Michael Thron

Protest gegen Nazis in Jena: »Wir werden präsent sein, wo immer die Nazis auftauchen«

Aufruf

Am 8. Mai jährt sich zum 60. Mal das Ende des zweiten Weltkriegs und damit die Befreiung vom Faschismus. In ganz Deutschland feiern die Gewerkschaften diesen Tag. **metall** will in seiner Mai-Ausgabe auf die Aktionen der Verwaltungsstellen hinweisen. Unsere Bitte: Teilt uns mit, was bei Euch los ist, wir berichten darüber. Infos an metall-leserpost@igmetall.de

Leipzig

Edda Möller, Metallerin im Unruhestand und Vorsitzende des Vereins »Courage« in Leipzig, hat wenig Zeit. Wer sie treffen will, landet zwischen zwei Besprechungsterminen. »Courage« rüstet sich gerade dafür, am 1. Mai auf die Straße zu gehen. Das von der IG Metall mitbegründete Netzwerk gegen Nazis organisiert und koordiniert den Widerstand der Demokraten gegen den Hamburger Neonazi Christian Worch und seine Gefolgsleute. Am Tag der Arbeit wollen sie nun schon zum zwölften Mal durch Leipzig ziehen. »Diese Truppe hat bis 2012 jedes Jahr zum 1. Mai und zum 3. Oktober einen Aufzug in unserer Stadt angemeldet, und immer haben sie das Völkerschlachtdenkmal oder Connewitz im Visier«, ärgert sich Metallerin Möller.

Gerade das alternative Connewitz ist ein besonders neuralgisches Viertel. Dass die Nazis dort aufmarschieren, empfinden alle als Provokation. Nur das Bautzener Oberverwaltungsgericht hat damit kein

Problem und lässt die Nazis marschieren. Kein Wunder, dass es jedesmal knallt. Beispielsweise am vergangenen 3. Oktober. Gewerkschafter, Künstler, Jugendinitiativen und Antifa-Gruppen hatten damals den Nazi-Aufmarsch mit einem interkulturellen »Fest« gestoppt. Barrikaden türmten sich dabei, Müllcontainer brannten, und wegen der Sitzblockaden an wichtigen Kreuzungen wurde der Weg für Worch und Konsorten unpassierbar. Flugs eskortierten Polizei und Stadtverwaltung den Nazi-Marsch zum Hauptbahnhof. Der Satz, in dem Worchs Schimpfkanonade gipfelte, wurde von den Messestädtern als Lob aufgefasst: »In Leipzig regieren Antifaschisten.«

Das wird Nazi-Worch auch am 1. Mai zu spüren kriegen. »Wir werden erneut Tausende Sachsen in Bewegung setzen, jedenfalls viel mehr als die Rechten. Wir überlassen ihnen unsere Straßen nicht«, hat Edda Möller angekündigt.

München

Alarm auch in München. »Wir werden uns redlich bemühen, dass diese Demo in die Annalen der Stadt eingeht«, hat der Münchener Neonazi Norman Bordin kürzlich gedroht. Gemeint ist der geplante Nazi-Aufmarsch am 2. April. An dem Tag will die »Kameradschaft München« in der Innenstadt demonstrieren, aus ganz Deutschland sind Nazi-Redner angesagt. »Nur ein Esel glaubt noch an einen Sozialstaat in BRD« lautet ihr Motto.

Da ist er wieder, der Nazi-Trick. Sie treten nicht mehr in ihren Springerstiefeln

auf und reden auch nicht mehr offen über den Holocaust, ihr Thema ist der Sozialabbau. »Das rechtsextreme Spektrum versucht, die Arbeitsmarktsituation für seine Interessen auszunutzen«, hat auch Münchens Kreisverwaltungsreferent Wilfried Blume-Beyerle erkannt, »ein neues Phänomen.«

Doch die Demo in Münchens Innenstadt ist erst der Anfang des 2. April. Am gleichen Tag steht auf der Theresienwiese auch noch ein Rechtsrock-Konzert auf dem Veranstaltungsplan. »Blitzkrieg« oder »Tobsucht« heißen die Bands, »Act of Violence« oder »Feldherren«. Allein die Titel verursachen vielen Gänsehaut.

Gerichte und Politik setzen dem Treiben nur wenig entgegen. Das Konzert wurde zwar zeitlich begrenzt. Die Demo der Nazis soll aber laufen. Das kennen die Münchener schon lange. »Es wäre nicht das erste mal, dass die Nazis unbehelligt mit dem Transparent ‚Nationalsozialismus‘ durch die Münchener Innenstadt ziehen und antifaschistische Aktionen mit Verboten überzogen werden«, kritisiert das »Inn-Archiv«.

Das Münchner »Bündnis gegen Naziaufmärsche«, dem auch die IG Metall angehört, organisiert dennoch den Widerstand. »Wir werden präsent sein, wo immer die Neonazis aufmarschieren«, hat auch Martin Löwenberg, selbst Opfer der Nazi-Diktatur, angekündigt, »ich werde den hautnahen Kontakt suchen und allen sagen, die ich treffe: ‚Schließt Euch‘ an.«

Am Tag des Münchener Naziaufmarsches werden mindestens 8500 Gegendemonstranten erwartet. ◀



Neonazis als Jugendvertreter ?



Foto: teamwork / Kanvasz

Neonazis, Rechtsrock-CD's: »Kein Monat ohne Rechtsrock-Konzert«

Als der Frankenthaler IG Metall-Sekretär Günter Hoetzl kürzlich seine Jugend- und Auszubildendenvertreter auf einem Wochen-Seminar zusammen hatte, stutzte er: Einer trug ein Sweatshirt von »Lonsdale«. Die Marke ist bei Neonazis beliebt – wegen der Buchstaben »NSDA«. Bei geöffneter Jacke sind die als einzige zu sehen. Hoetzl: »Der Junge war ziemlich dominant, viele seiner Kumpels hörten auf ihn.«

Als abends auch noch »Heil Hitler« zu hören war, änderte Hoetzl das Seminarprogramm. Erst nahm er sich den verdächtigen Azubi vor, dann referierte er über die Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit dem Hitler-Faschismus. Am folgenden Tag trugen vier weitere Azubis T-Shirts der Nazi-Kultband »Böhse Onkel«. Hoetzl: »Das war als Solidaritätsaktion gedacht.«

Zurück im Betrieb, knöpfte sich der Betriebsrat den jungen Neonazi vor. Und die Ausbildungsleitung forderte ihn auf, vom Posten des

Jugendvertreters zurückzutreten. Zur Belohnung sollte er die Prüfung vorzeitig ablegen dürfen. Doch der Rechts-Azubi lehnte dankend ab. Hoetzl hatte das schon im Voraus geahnt: »Der Jugendliche spielt sich jetzt als Märtyrer auf und hat die Solidarität der anderen. Solche Azubis sollte man im Betrieb mit Argumenten überzeugen.«

Auch in Eisenach ist ein Jugendvertreter aufgetaucht, der sich als Neonazi bekennt. Bisher ist er noch Mitglied der IG Metall. Kein Wunder, dass Jugendsekretär Mark Seeger schlecht schläft. Soll er den Rechtsradikalen aus der IG Metall rauswerfen, wie es die Satzung vorgibt? Oder es auf einen Versuch ankommen lassen und mit ihm über seine krausen Gedanken diskutieren? Seeger: »Der Junge gibt sich hilfsbereit und engagiert; und von den Thesen, die er vertritt, könnte ich 75 Prozent unterschreiben.«

Besorgniserregend ist auch die Rechtsrock – Offensive. »Hier vergeht kein Monat ohne ein Nazikonzert«, berichtet Seeger. Nicht nur in Thüringen: Nach Angaben des Berliner »Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum« (apabiz) veranstalteten Rechtsradikale allein im vergangenen Jahr 147 Konzerte; gleichzeitig seien 103 Tonträger deutscher Rechtsrock-Bands erschienen – ein Anstieg um 20 Prozent gegenüber 2003. Tausende CD's wer-

den dabei kostenlos an Jugendliche verteilt, oft auf Schulhöfen. Und was tun die Lehrer? »Viele«, ärgert sich Seeger, »gucken weg. Politik sei kein Thema für die Schule.«

Dabei wird bei genauerem Hinsehen schnell klar, um was es den Nazis geht: Nicht »soziale Gerechtigkeit« (»Aktionsbüro Thüringen«) ist ihr Ziel, sondern eine »Volksgemeinschaft auf nationaler Grundlage« (»Aktionsbüro Thüringen«) wie im »Dritten Reich«. Damals waren Gewerkschaften bekanntlich verboten, Erwerbslose wurden in den Reichsarbeitsdienst gezerrt.

Verwirrung auch im Saarland. Dort wurde ein Neonazi in eine siebenköpfige Jugendvertretung gewählt. Lars Desgranges, Jugendsekretär in Völklingen: »Der ist intellektuell und rhetorisch fit und nicht so blöd, rechtsradikale Parolen auszugeben.« Das erschwere die Auseinandersetzung. Die neuen Nazis gingen heute so geschickt vor, »dass man von geschultem und geplantem Vorgehen ausgehen kann«.

Muss der Jung-Nazi nicht raus aus der IG Metall? »Wir haben nichts Konkretes in der Hand«, bedauert Metaller Desgranges, »außerdem würde er sich dann als Märtyrer verkaufen.«

In Zukunft könnte das für den Nazi-Jugendvertreter jedoch schwieriger werden. Denn als die Jugendvertretung seines Betriebs kürzlich beschloss, am »Tag gegen Rassismus« mit einem Infostand Zeichen zu setzen, sagte der Neonazi ohne Begründung ab; das kam nicht gut an. Desgranges: »Wenn das Mandat eines Jugend- und Auszubildendenvertreters mit dessen politischer Anschauung kollidiert, müssen Konsequenzen gezogen werden.«

Adressen

obit, Mobiles Beratungsteam gegen Rechts-extremismus in Thüringen

Telefon 0361-5961 - 200 (Erfurt)
03621 - 228696 (Gotha)
www.mobit.org

solid e.v. »AufmUCKen gegenRechts«

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon 030-24009 - 419
www.solid-web.de

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur

Chausseestraße 29, 10115 Berlin
www.zentrum-demokratische-kultur.de

Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung (D.I.R.), Marburg
www.dir-info.de

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
www.vvn-bda.de

kein mensch ist illegal - Netzwerk gegen Abschiebung und Ausgrenzung

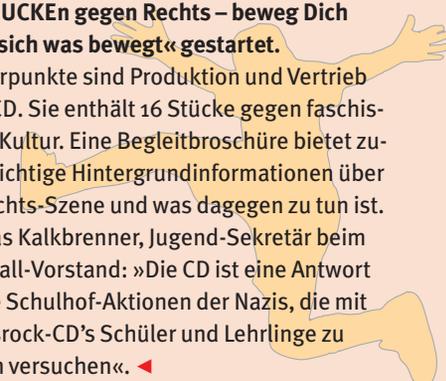
Adlerstraße 12, 79098 Freiburg
www.contrast.org/borders/kein

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz)

Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
www.apabiz.de

Die sozialistische Jugend hat im Januar, unterstützt von der IG Metall, die Initiative »AufmUCKen gegen Rechts – beweg Dich damit sich was bewegt« gestartet.

Schwerpunkte sind Produktion und Vertrieb einer CD. Sie enthält 16 Stücke gegen faschistische Kultur. Eine Begleitbroschüre bietet zudem wichtige Hintergrundinformationen über die Rechts-Szene und was dagegen zu tun ist. Thomas Kalkbrenner, Jugend-Sekretär beim IG Metall-Vorstand: »Die CD ist eine Antwort auf die Schulhof-Aktionen der Nazis, die mit Rechtsrock-CD's Schüler und Lehrlinge zu ködern versuchen.« ◀



Stahl-Industrie

Erste Tarifverhandlungsrunde Ohne Ergebnis vertagt

Die erste Verhandlung zwischen dem Arbeitgeberverband Stahl und der IG Metall ist ohne Ergebnis vertagt worden. Die Stahl-Arbeitgeber halten die Forderung, Löhne und Gehälter für die rund 75 000 Beschäftigten der westdeutschen Stahlindustrie um 6,5 Prozent zu erhöhen, als »unrealistisch hoch« und für »unzumutbar«. Obwohl die Unternehmen traum-

hafte Gewinne fahren: 2004 steigerte die Branche ihren Umsatz um 22,7 Prozent auf 27 Milliarden Euro.

Argumente, die die Arbeitgeber kalt lassen. Für sie sei Arbeit »schon jetzt teuer«. Sie fordern, Unternehmen nicht mit weiteren Kosten zu belasten, die sie dann zu Entlassungen zwingen würden.

Für Michael Breidbach, Betriebsratsvorsitzender der Stahlwerke Bremen GmbH, eine un-

verschämte Behauptung: »Die Belegschaften haben die Produktivität derart gesteigert, so dass der Lohnkostenanteil am Umsatz nur noch knapp über zehn Prozent liegt«.

Auch für Ernst Schäfer, Konzernbetriebsratsvorsitzender der Salzgitter AG, sind die Argumente der Arbeitgeber inakzeptabel: »In den Aufsichtsräten lassen sich die Vorstände für die guten Umsätze feiern – in den Verhandlungen stellen sie diese

als fast desaströs dar.« Schäfer zieht daraus den Schluss auf eine harte Tarifaufeinandersetzung. Am 7. April sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Wirtschaftsabteilung beim IG Metall-Vorstand hat die Lage in der Stahlbranche analysiert. Die – kostenfreie – Studie »Tarifrunde 2005 Eisen- und Stahlindustrie«, steht im Internet unter: www.igmetall.de/download ◀

ITK-Industrie

Aktuelle IG Metall-Broschüre Gehaltsanalyse 2005

Die Gehälter in der Informations- und Technologieindustrie haben sich im Jahr 2004 unterschiedlich entwickelt.

Während Marketing- und Beratungsprofis deutliche Zuwächse bei den Einkommen erzielten, waren im Software Engineering und Vertrieb nur moderate Steigerungen zu verzeichnen. In den Bereichen Rechenzentren, Call Center, Service Technik und Hardware Engineering sind die Einkommen leicht

gesunken. Das geht aus der jüngsten IT-Gehaltsanalyse der IG Metall hervor, in der rund 20 000 Daten aus 47 Unternehmen ausgewertet wurden. Die Branche verzeichnete im letzten Jahr erstmals wieder ein Umsatzplus. Insgesamt sei der Arbeitsplatzabbau in der ITK-Branche gestoppt worden.

Weiteres Ergebnis der Analyse: Mitgliederzuwächse in einzelnen ITK-Unternehmen, wie etwa Infineon Berlin, wo sich der Mitgliederstand innerhalb eines Jahres von 20 auf 50 Prozent

erhöht hat. Die Gehaltsanalyse enthält auch eine CD-ROM, auf der weitere detaillierte Angaben zu jedem Job etwa zu Überstundenvergütungen, durchschnittlicher Betriebszugehörigkeit und zu statistischen Daten.

Die Broschüre »Entgelt in der IT-Branche 2005« kostet 14 Euro (plus Mehrwertsteuer und Porto). Sie kann online über die IG Metall-Hompage bestellt werden: www.igmetall.de/nachrichten/it_entgelt/material ◀

Textilindustrie Ost

Tarifverträge Drei Prozent gefordert

Für die rund 17 000 Beschäftigten der ostdeutschen Textilindustrie hat die IG Metall beim Entgelt und der Ausbildungsvergütung drei Prozent mehr Lohn und Gehalt gefordert. Die gültigen Tarifverträge wurden zum 30. April 2005 gekündigt. Weitere Forderungen: Die Übernahme des Weiterbildungstarifvertrags auch in Ostdeutschland sowie die Erhöhung des Arbeitgeberanteils zur betrieblichen Altersvorsorge. ◀

Metallhandwerk

Warnstreik Fünf Gewerke machen mit

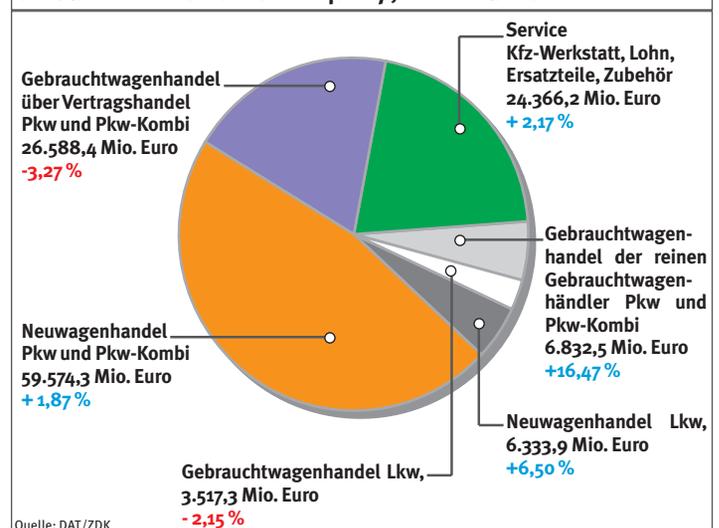
In allen fünf Metallgewerken von Nordrhein-Westfalen stehen die Zeichen auf Sturm. Dem Warnstreik-Aufruf der IG Metall sind Mitte März rund 9200 Kfz-Mechaniker, Schlosser, Installateure, Heizungsbauer und Elektriker gefolgt. In 311 Betrieben legten sie die Arbeit nieder. IG Metall-Bezirkssekretär und Verhandlungsleiter Werner Birkhahn: »Wenn die Arbeitgeber sich nicht bewegen, müssen wir uns bewegen.«

Auch nach 21 ergebnislosen Verhandlungsrunden ist keine Verhandlung für gescheitert erklärt worden. Birkhahn schließt das aber nicht mehr

aus. »Dann kommt's zum Streik.«

Die Arbeitgeberverbände bieten zwar den Ausgleich der Inflationsrate an, knüpfen daran jedoch Gegenforderungen: Verlängerung der Wochenarbeitszeit, Streichung von Urlaubstagen und Kürzung der Jahressonderzahlungen. Birkhahn bringt das auf die Formel: »Erst wollen sie uns tief in die Tasche greifen und uns dann ein bisschen davon zurückgeben.« Die IG Metall in Nordrhein-Westfalen hat ihre Offensive im Metallhandwerk unter das Motto gestellt: »Tarifverträge verteidigen, tariffähig bleiben, Einkommen sichern.« Erstmals ziehen fünf Gewerke an einem Strang. ◀

Umsatz KFZ-Gewerbe 2004: 127,21 Milliarden Euro



Im letzten Jahr sind die Umsätze im reinen Gebrauchtwagenhandel um rund 16,5 Prozent, im Lkw-Neuwagengeschäft um 6,5 Prozent gestiegen. Durch die Steigerungen gegenüber 2003 beim Pkw-Verkauf im Handel sowie Service konnte ein nominales Umsatzplus von 1,6 Prozent erzielt werden. Laut ZDK sei somit das Jahr 2004 in Branchenbilanz mit einer »schwarzen Null« abgeschlossen worden. ◀

Nebeneinkommen?

in Rot/Haslach ab 15.03.2005 zu vergeben. Verdienst ca. s 90,-/monatlich.
Tel.: [REDACTED]

INFO

Faule Chefin sucht faule Mitarbeiter,
k. Verkauf, k. Storno, k. § 34c.
- S. Kuntzsch, [REDACTED]

Osram sichert 2000 Stellen

Großinvestition in Augsburg

(...) Eine neue Fertigungslinie für Leuchtstofflampen wird gebaut. 2000 Stellen an den Standorten Augsburg und Schwabmünchen, die auf dem Spiel standen, werden gesichert.

Im Gegenzug sind alle Mitarbeiter für die Dauer von fünf Jahren zu einem Lohnverzicht bereit. (...)

AUGSBURGER ALLGEMEINE

STELLENANGEBOT

Maschinenbauingenieur*

*Vertiefungsrichtung Schienenfahrzeuge (...) gute Kenntn. im Bereich Bremse, Laufwerk, Zug-, Stoßrichtungen f. Schienenfahrzeuge. Mit einem Firmenfahrzeug ausgestattet, eng mit den Angehörigen und behandelnden Ärzten zusammenarbeitend, werden sie ihre Pflegefälle als Teamangehörige/r betreuen. Ihre Freude am Umgang mit pflegebedürftigen Menschen ist auch als Berufswiedereinsteiger/in in das Berufsleben ungebrochen und wird auch durch 14 tägigen Wochenenddienst nicht getrübt. (...)

Jobcenter Arbeitsagentur Oranienburg

Stellenmarkt

Unser Sohn, 21 J., Realschule, Führerschein, Auto, hat aufgegeben. Wir noch nicht. Für einen Ausbildungsplatz Kfz.-Gewerbe würden wir den Lohn mit unserem Kindergeld mit finanzieren. Wer gibt ihm eine Chance, auch sofort als Praktikant? Ang. u. ☒ ZH 43445 an diese Zeitung

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von metall-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



Risse und Wilke in Iserlohn

Kopfzerbrechen hat sich gelohnt

Beim sauerländischen Kaltbandhersteller Risse und Wilke gilt der Entgeltrahmen-Tarifvertrag.

Klaus Peter Neumaier hat es hinter sich. In seinem Betrieb gilt seit einem Monat das neue Entgeltrahmenabkommen, kurz Era. Darüber ist der Betriebsratsvorsitzende des Iserlohner Kaltbandherstellers Risse und Wilke sichtlich erleichtert. 330 Arbeitsplätze mussten neu bewertet und Punkte nach dem Era-System vergeben werden – das hatte ihm einiges Kopfzerbrechen bereitet. »Über den ersten beiden Arbeitsplatzbeschreibungen haben wir fast fünf Stunden gegessen.« Wo beispielsweise liegt die Grenze zwischen gelegentlichen und regelmäßigen Absprachen? Wann gehört zu einer Aufgabe auch Entscheidungsspielraum? Zu unterschiedlichen Antworten kamen Betriebsrat und Geschäftsleitung selbst bei der Frage, ob ein Beschäftigter »Mitarbeiterführung« hat. Doch zwischen den Antworten liegen oft einige Punkte. Sie können am Ende den Ausschlag geben, ob mehr oder weniger Geld auf der Abrechnung steht.

Vor gut einem Jahr haben Arbeitgeber und IG Metall das neue Entgeltrahmenabkommen abgeschlossen. Es löst das alte System der Löhne und Gehälter ab. Beschäftigte werden nicht mehr in Angestellte und Arbeiter aufgeteilt, sondern entsprechend ihrer Aufgaben einer von 14 Entgeltgruppen zugeordnet. Nun beginnt die Praxisarbeit. Der Sauerländer Betrieb Risse und Wilke gehört zu den ersten in Nordrhein-Westfalen, die Era eingeführt haben. Das war längst überfällig, sind sich Betriebsrat und Geschäftsführer Jörg Lohölter



Betriebsratsvorsitzender Neumaier, Geschäftsführer Wilke und Lohölter (oben): Mit allen gesprochen

ter einig. Die alten Arbeitsbeschreibungen stammten aus den 60er Jahren. »Da war noch von Lochkarten die Rede«, sagt Lohölter. Damit ließen sich Arbeitsplätze schon seit 20 Jahren nicht mehr beschreiben.

Auch die Trennung zwischen Angestellten und Arbeitern war Unsinn, stellt Betriebsrat Neumaier fest. »Die Kollegen in der Produktion tragen Verantwortung. Es gibt keinen Grund, dass sie weniger verdienen als die Kollegen am Schreibtisch.« Nach dem alten System konnten Betriebe die Lücke zwischen der obersten Lohn- und der obersten Gehaltsstufe nur durch übertarifliche Zulagen schließen. Diese wurden aber bei Tariferhöhungen nicht berücksichtigt. Damit wurden aber bei Tariferhöhungen nicht berücksichtigt. Damit Verantwortung trägt und qualifiziert ist, kommt in eine der oberen Entgeltgruppen – egal, ob er

Blaumann oder Krawatte trägt. Dennoch verunsicherte die Era-Einführung viele Beschäftigte. »Schließlich wusste keiner, was das am Ende für ihn bedeutet«, sagt Neumaier. Nicht für jeden kam unterm Era-Strich mehr heraus. Einige Kollegen und Kolleginnen liegen mit ihrem bisherigen Verdienst über ihrer neuen Entgeltgruppe. »Es bekommt aber niemand weniger Geld«, sagt Neumaier.

Die Einkommen werden in den nächsten Jahren angepasst. Wer jetzt mehr verdient, setzt bei den nächsten Tarifrunden aus oder bekommt nur einen Teil der Tariferhöhung, bis er seine Entgeltgruppe erreicht hat. Im Gegenzug werden auch höhere Einkommen, wenn sie mehr als 100 Euro über dem bisherigen Verdienst liegen, schrittweise gesteigert. Doch die Era-Bewertung ist für viele nicht nur eine

finanzielle Frage. »Wenn jemand plötzlich gesagt bekommt, dass ihm sein bisheriges Einkommen gar nicht zusteht, kratzt das am Selbstbewusstsein«, sagt Geschäftsführer Lohölter.

Große Probleme gab es bei Risse und Wilke aber nicht. »Nur sieben haben Widerspruch gegen ihre Bewertung eingelegt«, sagt Neumaier. »Es war einfach gut, dass wir die Kollegen von Anfang an beteiligt haben.« Sie wurden zu ihren Aufgaben befragt, und IG Metall und Betriebsrat redeten bei der Era-Einführung mit. Die fertigen Bewertungen wurden mit allen Beschäftigten in Einzelgesprächen durchgeackert. »Wir haben jeden gefragt: ‚Siehst du dich hier richtig bewertet?‘« Fast immer lautete die Antwort: »Ja, das stimmt.« Für Neumaier hat sich das Kopfzerbrechen gelohnt. ◀

Fabienne Melzer

Autoteilebranche

Wachsender Markt ist heiß umkämpft

Geld wird beim Verbraucher immer knapper. Deshalb werden Autos immer länger gefahren. Entsprechend hart ist die Konkurrenz in der Autoteilebranche. Bei rund 211 Millionen zugelassenen Fahrzeugen ist die Branche schon jetzt 44 Milliarden Euro schwer. Kein Wunder: Kopierer und Produktpiraten aus Osteuropa und Fernost wittern ein gutes Geschäft.



Weil Autos immer länger gefahren werden, sind Ersatzteile immer gefragter: »Besser statt billiger macht sich aber auch bei den Autoteilen bezahlt«

Produktpiraten sind auch für den Automobilzuliefererkonzern ZF Friedrichshafen AG ein erhebliches Problem. Der Konzern hat weltweit 120 Standorte und stellt mit seinen 55 000 Beschäftigten unter anderem hochwertige Getriebe her. Hans Kirchgäßner, Konzernbetriebsratsvorsitzender und früher im Marketing des Unternehmens beschäftigt, weiß, dass vor allem in chinesischen Fabriken abgekupfert wird. Originalunterlagen für die ZF-Produkte, die eigentlich nur für Werkstätten und Automobilhersteller gedacht sind, kursieren unkontrollierbar auf dem »grauen Markt«.

Deswegen sei das Problem schwer in den Griff zu bekommen. Dem Hersteller bleiben im wesentlichen Informationskampagnen. Die geringwertigen Kopien bedrohen poten-

tiell auch das Markenimage der ZF. Ein Image, das für besonders hochwertige und sichere Autoteile steht. Und um dieser Qualität gerecht zu werden, investiert ZF jährlich zwischen vier und fünf Prozent des Umsatzes allein in den Ausbau von Forschung und Entwicklung – und liegt damit im Branchenvergleich mit an der Spitze. Allein 1000 der 7000 Beschäftigten in der Friedrichshafener ZF-Zentrale sind in diesem Unternehmensbereich für Innovationen tätig.

Die teuren Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen sind auch Hauptargument der europäischen Automobil- und Zuliefererindustrie gegen eine weitere Öffnung des Ersatzteilmarktes. Die europäische Kommission sieht das anders. Sie will den Markt weiter öffnen. Dafür wurde unter dem Vor-

sitz des Vizepräsident der Kommission, Günter Verheugen, ein hochgradig besetzte Arbeitsgruppe, die CARS21, eingesetzt. Die CARS21 soll die unterschiedlichen Interessen ausloten und Kompromisse für die Branche finden.

Ein Schuss, der für die Deregulierer nach hinten losgehen könnte. Denn schon mit der Reparaturklausel in der Gruppenfreistellungsverordnung (GVO) sollte die Monopolstellung der europäischen Automobilhersteller geknackt werden, weil dadurch angeblich die Verbraucherpreise sinken würden. Nun droht auch noch die Kürzung der Designschutz-Dauer auf die sichtbaren Karosserie-Teile. Dies würde auch legalen, billigen Fremdherstellern ohne Entwicklungsabteilung einen noch früheren, legalen Nach-

bau erlauben. Für die Ersatzteile-Branche bedeutet dies einen potentiellen Umsatzrückgang von bis zu zwei Milliarden Euro. Und damit stünden rund 30 000 Arbeitsplätze in der europäischen Automobilindustrie und ihrer Zulieferer auf der Kippe.

Der deutsche Verband der Automobilindustrie (VDA) befürchtet erhebliche Wettbewerbsnachteile für europäische Autohersteller. In anderen Ländern gebe es lange Schutzrechte, zum Beispiel in Japan auf 15 Jahre befristet. Eine Aufhebung würde den Märkten in Asien ein falsches Signal geben, wo Hersteller ungeniert europäische Ersatzteile kopierten. Die Meinung des VDA: Die Entscheidung der Kommission liege nicht im Interesse des Verbrauchers, weil er Risiken bei Qualität und Sicherheit hinnehmen müsse. Ein weiteres Problem: Wie soll der Autohalter künftig erkennen, was Kopien und was qualitative, sichere Original-Ersatzteile sind?

Schon die Liberalisierung des Autoverkehrs durch die GVO habe in den Kfz-Werkstätten dazu geführt, verstärkt zu günstigeren Konditionen im freien Teilehandel einzukaufen, so der Zentralverband des deutschen Kfz-Handwerks (ZDK). Dies wurde zum Beispiel auch vom Originalersatzteilhandel des VW-Konzerns befürchtet. Seine Markenwerkstätten seien jedoch nach wie vor im Wesentlichen »loyal«, sagt der dort für Marketing zuständige Manager Michael Scholtyssek. Dies hängt wohl auch beim sehr komplexen EU-Gewährleistungsrecht mit der größeren Sicherheit durch eindeutige Garantieregelungen zusammen, die der Hersteller seinen Kunden auf Originalersatzteile bietet.

Befürworter einer weitergehenden Marktöffnung argumentieren im Wesentlichen damit, dass die europäischen Automobilhersteller mit rund 55 Prozent den Autoersatzteilehandel dominieren. Und das, obwohl doch eigentlich nur rund 23 Prozent dieser Teile von ihnen selbst hergestellt würden. Branchenkenner schätzen nach Angaben der Fachzeitschrift »Kfz-Betrieb«, dass die Autoindustrie allein mit dem Ersatzteilhandel rund zehn Prozent ihres Umsatzes erwirtschaftete. Ein Anteil, der sogar 16 Prozent der Rendite ausmache.

Im Rahmen der Garantiezeit von Neufahrzeugen, dem sogenannten »Segment 1« (junge Gebrauchtwagen), müssen in den Autos »Originalteile« verbaut werden, die deutlich teurer sind als die Kopien. Bei Karoserieschäden nach Unfällen müssen die Autofahrer beziehungsweise ihre Versicherer deswegen entsprechend tiefer in die Tasche greifen. Danach gilt ab »Segment 2« (ältere

Interview

»Schaden durch Liberalisierung höher als Nutzen«

metall sprach mit Garrelt Duin, SPD-Europaabgeordneter aus Niedersachsen und Mitglied in der von EU-Industriekommissar Günter Verheugen gegründeten CARS 21-Kommission, die sich ab der ersten Sitzung im April mit der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie befassen wird.



metall: Worum wird es bei der ersten Sitzung der »CARS21«-Kommission im April gehen?

Duin: Beim ersten Treffen können wir noch keine substantiellen Entscheidungen zu Sachfragen

erwarten. Die Teilnehmer werden zum einen ihre Standpunkte klarmachen und ihre Ziele formulieren. Zum anderen werden wir unser Arbeitsprogramm verabschieden.

metall: Wie sollten Entwicklungen in der europäischen Automobil-Industrie vor Ideenklau geschützt werden?

Duin: Die Kommission muss auf jeden Fall endgültig ihren Vorschlag zur Liberalisierung zurückziehen. Nur durch die Verwendung von Originalteilen oder lizenzierten Ersatzteilen ist die notwendige Qualität gewährleistet. Außerdem kann dadurch sichergestellt werden, dass sich Investition in Forschung und Entwicklung bei der Automobilindustrie und ihren Zulieferern weiterhin rechnen. Und

es kommt ein weiterer Aspekt dazu: Niemand soll glauben, dass nach einer Aufhebung des Designschutzes für Ersatzteile diese dann noch in Europa produziert werden. Liberalisierung ist kein Automatismus für niedrigere Verbraucherpreise. Der durch solche Liberalisierung verursachte Schaden wäre sicherlich deutlich höher als der dadurch nur eventuell entstehende Nutzen.

metall: Was hat in der »CARS21«-Kommission Priorität: Völlig freier Wettbewerb oder Schutz von Arbeitsplätzen bei europäischen Automobilherstellern und bei ihren Zulieferern?

Duin: Diese Frage ist vor dem ersten Treffen im April nicht zu beantworten. Entgegen anders lautender Berichte ist die Gruppe nämlich keineswegs ein homogenes Gebilde, dessen Mitglieder sich über das zu erzielende Ergebnis einig sind. Es finden sich sowohl Vertreter eines freien Wettbewerbs wie Mitglieder, denen die Sicherung von Arbeitsplätzen das Wichtigste ist. Das Ziel muss verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Autoindustrie und ihrer Zulieferer sein, damit wir diese Industrien in Europa halten können. ◀

Gebrauchtwagen) diese Regel eigentlich nicht mehr. Und der Altersdurchschnitt von Gebrauchtwagen im deutschen Kfz-Bestand wird immer höher. Er liegt inzwischen bei fast acht Jahren. Dennoch werden auch für die älteren Autos in den Markenwerkstätten vorwiegend die teuren »Originalteile« verbaut. Das ärgert auch die Versicherungen.

Vor Jahren ließ deshalb der Versicherungskonzern Allianz durch ihr Unfall-Forschungszentrum untersuchen, ob für alte Gebrauchtwagen nicht besser kopierte, billigere Ersatzteile verwendet werden könnten. Die Frage dahinter: Sind billige Kopien von Ersatzteilen wirklich günstiger für die Versi-

cherungen und die Autobesitzer? Das Ergebnis war allerdings nicht im Sinne der Versicherer. Durch die aufwändigere Arbeit mit den nicht wirklich hundertprozentig identischen Teilen war die Reparatur am Ende fast genauso teuer. Es gilt also: Besser statt billiger macht sich auch bei den Ersatzteilen bezahlt.

Die Untersuchung ist inzwischen in der Allianz-Schublade verschwunden. Auf Nachfrage beim Forschungszentrum ist zwar zu hören, dass auch die offiziellen Nachbauer legaler Kopien inzwischen bessere Qualität liefern würden. Noch allerdings steht ein Beweis aus. ◀

Andreas Uphues

Sozialversicherungen

Kompetenz wählen

Im April und Mai erhalten über 50 Millionen Arbeitnehmer und Rentner Post von ihrer Krankenkasse oder Rentenversicherung: die Wahlunterlagen für die Sozialwahlen. Doch worum geht es? Wer sind die Kandidatinnen und die Kandidaten? Die Wahlen sind wichtig, denn schließlich geht es um die Interessen der Versicherten.

Es gibt noch gute Nachrichten. Eine ist, dass die Wege- und Arbeitsunfälle seit Jahrzehnten zurückgehen. Zahlen belegen dies: Während 1960 von 100 Arbeitnehmern 13 einen Unfall erlitten, waren es 2003 nicht einmal mehr drei. Auch 2004 gingen die Unfälle weiter zurück: um fast sieben Prozent. Außerdem wurden fast fünf Prozent weniger Anzeigen wegen Verdacht auf eine Berufskrankheit gestellt. Ein Grund dafür ist, dass Krankenkassen und Berufsgenossenschaften immer mehr unternehmen, um Krankheiten vorzubeugen.

Prävention und Rehabilitation gehören zu den wichtigsten Aufgaben, die die Vertreter der Versicherten in der Sozialversicherung haben. Alle sechs Jahre werden Kandidatinnen und Kandidaten für die Vertreterversammlungen der gesetzlichen Renten- und der Unfallversicherung und für die Verwaltungsräte der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gewählt. Die Gremien sind je zur Hälfte mit Arbeitgebern und Versicherten besetzt. Außer bei den Ersatzkassen. In ihnen reden nur die Versicherten mit. Die Vertreter arbeiten alle ehrenamtlich.

Die einzige Sozialversicherung, bei der nicht gewählt wird, ist die Arbeitslosenversicherung. Hier beruft das Bundesarbeitsministerium die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats. Sie werden jeweils zu einem Drittel von staatlichen Behörden, Arbeitgebern und Gewerkschaften gestellt.

Die Vertreterversammlungen und Verwaltungsräte haben unter anderem die Aufgabe, den Vorstand zu wählen und zu kontrollieren. Sie beschließen aber auch die Satzung. In

den Satzungen der Krankenkassen ist zum Beispiel festgelegt, wie hoch die Krankenkassenbeiträge der Versicherten sind. Was durch Gesetze vorgegeben ist, können sie allerdings nicht außer Kraft setzen. Sie haben zum Beispiel keinen Einfluss darauf, wie hoch die Renten sind. Aber es bleiben noch genug Spielräume. Sie können kontrollieren, welche Verträge mit Ärzten und Krankenhäusern abgeschlossen werden. Sie können darüber wachen, dass bestimmte Qualitätsstandards eingehalten werden. Sie können sich für mehr Vorsorge einsetzen, zum Beispiel für Programme für Raucher oder gesunde Ernährung. Oder dafür, dass die Fachleute im Gesundheitswesen enger zusammenarbeiten, was für die Patienten im Ergebnis sowohl besser als auch billiger sein kann. Die Arbeitnehmervertreter in den Berufsgenossenschaften können darauf achten, dass Beschäftigte, die durch gefährliche Arbeitsstoffe an Krebs erkrankt sind, nicht in die Hände von Gefälligkeitsgutachtern gelangen, die auf Firmengehaltslisten stehen. In der Vergangenheit ist es öfter geschehen, dass Todkranke in ihren letzten Lebensjahren noch um eine Berufsunfähigkeitsrente gebracht wurden, weil solche »Experten« ihr Leiden als nicht arbeitsbedingt bewerteten.

Nicht bei allen Versicherungen gibt es »Urwahlen«, bei denen die Wählerinnen und Wähler tatsächlich abstimmen können. Oft einigen sich die Organisationen vorher darauf, genauso viele Männer und Frauen vorzuschlagen wie Sitze zu vergeben sind. Sie gelten dann automatisch als gewählt (»Friedenswahlen«). Urwahlen gibt es zum



**sozialwahl
2005** **DGB**
Mitmachen und gestalten

Wer wählt wie wann wo?

► **Wer wählt?** Alle bei der BfA Versicherten, die Rentenversicherungsbeiträge zahlen oder gezahlt haben und am 4. Januar 2005 mindestens 16 Jahre alt waren. Und alle, die am 3. Januar in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert waren, in der es Urwahlen (siehe Text) gibt.

► **Wie wird gewählt?** Die Sozialwahl ist eine Briefwahl. Die Versicherten bekommen die Unterlagen bis 12. Mai unaufgefordert zugesandt. Spätestens am 1. Juni müssen die ausgefüllten Stimmzettel bei der Krankenkasse oder Rentenversicherung eingegangen sein.

► **Wahlergebnisse:** Sie stehen spätestens im November fest.

Beispiel bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), der Barmer Ersatzkasse und der Techniker-Krankenkasse.

Die Sozialwahl ist eine Listenwahl. Es werden also keine einzelnen Personen angekreuzt, sondern Organisationen. Neben den Gewerkschaften werben noch andere Listen um die Stimmen der Versicherten. Oft verbergen sich hinter »freien Listen« Kandidaten, die schwer durchschaubare oder gar Arbeitgeberinteressen vertreten.

Vieles, was in den letzten Jahrzehnten erreicht wurde, etwa im Arbeitsschutz, ist gefährdet. Durch ständige Versuche von Arbeitgebern und ihren Verbänden, auf politischem Wege durchzusetzen, dass Leistungen abgebaut werden, um Betrieben Kosten zu ersparen. Unter Schlagworten wie »Bürokratieabbau« fordern sie, die Ausgaben für Prävention, Reha und Arbeitsschutz zu senken. Um



Sozialwahlen 2005 – Mitmachen und gestalten



Wichtige Dinge in guten Händen.

Wählen Sie die Vertreterinnen und Vertreter, die sich engagiert für Ihre Interessen einsetzen. Auch in der Selbstverwaltung.

IG Metall-Liste wählen!



Wahlplakat der IG Metall



Gesundheit darf kein Luxus sein.

Bessere Vorsorge. Gute Qualität in der Medizin. Gesicherte Altersversorgung. Sozial gerechte Finanzierung. Wir kümmern uns darum. Auch in der Selbstverwaltung.

DGB wählen!

sozialwahl 2005
Mitmachen und gestalten

DGB

www.dgb.de

Wahlplakat des DGB

die »Wettbewerbsfähigkeit zu stärken«, drängen sie darauf, Entschädigungen bei Wegeunfällen abzuschaffen, Renten zu kürzen und die Leistungen der Krankenkassen noch mehr zusammenzustreichen.

Das zeigt, wie wichtig es ist, Gewerkschaftslisten zu stärken. Sie bieten als einzige Gewähr, dass die Interessen der Beitragszahler und Rentner vertreten werden. Und sie haben das Fachwissen und ein ganzes Netz von kompetenten Beratern. ◀

Sylvia Koppelberg



► **Infos:** Mehr Informationen über die Sozialwahl und die Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall sind im Internet zu finden unter: www.igmetall.de/sozialwahlen/

Sozialwahl 2005

IG Metall bei Techniker-Kasse stärken

Eine der Listen, die sich bei der Sozialwahl 1999 für die Techniker-Krankenkasse (TK) zur Wahl stellte, die Liste TK-I, ist dieses Mal nicht mehr zugelassen. Die IG Metall hatte gegen die Liste Beschwerde eingelegt, weil sie nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Zulassung erfüllt. Sie hat zum Beispiel nicht die erforderliche Mitgliederzahl. Mindestens 1000 sind dazu nötig. Zurzeit stellt diese Liste 17 der 30 Sitze im Verwaltungsrat und den Vorsitzenden.

Nachdem sie nicht mehr antreten darf, ergibt sich für die IG Metall eine neue Ausgangslage. »Es kommt jetzt auf jede Stimme für unsere gewerkschaftliche Liste an«, sagt Kirsten Rölke, im IG Metall-Vorstand für Sozialpolitik zuständig. Nur die IG Metall habe die Kandidatinnen und Kandidaten, die nah an den Bedürfnissen der Beschäftigten sind – und die Fachleute, die sich kompetent für die Interessen der Versicherten einsetzen können. Die IG Metall tritt bei der TK mit einer eigenen Liste an. ◀

Tipps

**Internationale Wirtschaft
»Gerechtigkeit jetzt«**

Ein gerechter Welthandel ist in weiter Ferne. Die Interessen der reichen, mächtigen Staaten bestimmen immer noch die Welthandelspolitik und lassen vor allem den wirtschaftlich schwachen Ländern wenig Spielraum.

Aus diesem Grund ruft die Welthandelskampagne »Gerechtigkeit jetzt!«, zu einer weltweiten Aktionswoche vom 8. bis 16. April 2005 auf. Die Kampagne ist ein Zusammenschluss von 36 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Kirche, Umwelt, Menschenrechte und Gewerkschaften – darunter auch die IG Metall.

In Deutschland bildet am 8. und 9. April eine Konferenz im Rheinischen Landesmuseum in Bonn den Auftakt der Aktionswoche. Filme, internationale Gäste sowie Dis-

kussionsveranstaltungen sollen die Ungerechtigkeiten im Welt-handel und Visionen eines gerechteren Handels aufzeigen. Kernstück der Kampagne ist ei-



»Gerechtigkeit jetzt!« auch für Teepflückerinnen

ne Postkartenaktion an Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement unter dem Motto »Gerechtigkeit ist keine Ansichtssache«.

Die Karten, mit denen die Trägerorganisationen unter anderem die demokratische Gestaltung der Welthandelspolitik fordern, werden am 16. April in Berlin dem Wirtschaftsminister übergeben. An diesem Tag findet auf dem Berliner Schlossplatz die Abschlussveranstaltung der Aktionswoche statt.

Der so genannte Markt der Möglichkeiten wird durch musikalische und künstlerische Einlagen ergänzt. Hauptereignis des Tages wird ein unfaires Fußballspiel sein, mit dem die Ungerechtigkeit im Welthandel anschaulich dargestellt werden soll. Mehr Informationen zur Aktionswoche, dem Ablaufplan sowie der Postkartenaktion (Einsendeschluss: 13. April) im Internet unter: www.gerechtigkeit-jetzt.de/aktionswoche ◀

**Mitbestimmung
Arbeitsmappe**

Arbeitsplatzverlagerung, Mehrarbeit und Kündigung von Tarifverträgen: Betriebliche Mitbestimmung ist so wichtig wie nie zuvor. Die IG Metall-Arbeitsmappe »Sachkundige Arbeitnehmer im Einsatz« enthält Handlungshilfen über die Anwendung des Paragraphen 80 Absatz 2 Betriebsverfassungsgesetz und soll Vertrauensleute und Betriebsräte bei ihrer Arbeit unterstützen. Die Materialien sind Ergebnisse eines IG Metall-Projekts, an dem sich Vertrauensleute und Betriebsräte beteiligt haben (siehe **metall** 1-2/2005). Projektziel war eine beteiligungsorientierte Betriebspolitik zu erproben. Die Vorgehensweise und Erfahrungen der Projektteilnehmer werden in der Arbeitsmappe anschaulich dokumentiert. Mehr Infos zu den Arbeitshilfen unter: www.igmetall.de/betriebsraete/beteiligung ◀

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler
Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-6693-2445, Fax 069-6693-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de
Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg, Antonela Pelivan, Gabriele Prein,
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Fotorecherche: Michael Schinke
Sekretariat: Ellen Sander
Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 06151-8127-0, Fax 06151-893098
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-6693-2224, Fax 069-6693-2538
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr).
Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3,
64259 Darmstadt.



Für Sehbehinderte

► Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** als Word- oder pdf-Datei. Bestellung bei: edith.hackenberg@igmetall.de

Urteile

Massenentlassungen

Plant ein Arbeitgeber Massenentlassungen muss er, bevor er die Kündigung ausspricht, den Betriebsrat und das Arbeitsamt informieren. Das verlangt nicht nur das deutsche Kündigungsschutzgesetz, sondern auch die EU-Richtlinien zu Massenentlassungen schreiben das vor. Diese Regelung soll es ermöglichen, die Entlassungen durch Mitwirkung der Arbeitnehmervertretung oder der Behörde zu vermeiden. In der EU-Richtlinie ist zwar von »Entlassung« die Rede, nicht von (der vorausgehenden) »Kündigung«, aber gemeint ist damit die Kündigung durch den Arbeitgeber, die die Vorabinformation des Betriebsrats und Arbeitsamt vorsieht.

EuGH – C 188/03
vom 27. Januar 2005

Ausbildung

Wenn ein Arbeitgeber für bestimmte Berufe die Ausbildung künftig verkürzen will (nach Paragraph 29 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz), bestimmt der Betriebsrat – oder eine mit gleichen Rechten ausgestattete tarifliche Auszubildendenvertretung – darüber mit. Die Ausbildungsdauer gehört zu den Maßnahmen im Sinne von § 98 Abs. 1 BetrVG, bei denen der Betriebsrat Mitbestimmungsrechte hat.

BAG – 1 ABR 28/03 vom 24. August 2004

Kündigungen

Werden Arbeitnehmer ausnahmsweise sonntags beschäftigt, müssen sie nach Paragraph 11, Abs. 3 Arbeitszeitgesetz einen Ersatz-Ruhetag haben. Er muss innerhalb der nächsten zwei Wochen gewährt werden. Ist das nicht möglich, darf

der Arbeitgeber die Arbeitnehmer nicht mehr sonntags arbeiten lassen. Das gilt auch dann, wenn ein Arbeitnehmer ausschließlich sonntags beschäftigt ist, den Ersatz-Ruhetag jedoch nicht nehmen kann, weil er von montags bis samstags anderswo arbeitet. In diesem Fall hat der Arbeitgeber in der Regel das Recht, ihm personenbedingt ordentlich zu kündigen.

BAG – 2 AZR 211/04
vom 24. Februar 2005

Lohnerhöhungen

Sieht ein Tarifvertrag eine Entgelt-erhöhung in zwei Stufen vor, aber der Arbeitgeber will die zweite Stufe auf übertarifliche Zulagen anrechnen, ist das nur dann mitbestimmungspflichtig, wenn es ein einheitliches Anrechnungskonzept des Arbeitgebers gibt.

BAG – 1 AZR 308/03 vom 8. 6. 2004

Tipps

**Aktionstag
Girls' Day 2005**

Am 28. April 2005 findet in ganz Deutschland wieder der so genannte Girls' Day statt. Unternehmen und Organisationen wollen die Neugier auf derzeit noch frauenuntypische Berufe für Mädchen wecken.

Schülerinnen der fünften bis zehnten Klassen bietet der Mädchen-Zukunftstag die Chance, eine frühe und praxisnahe Berufsorientierung. In Werkstätten, Büros oder Laboren können Mädchen erste Einblicke in die Praxis wich-



Foto: girlsday

tiger Bereiche der Arbeitswelt gewinnen. Sie können experimentieren und programmieren, das Innenleben eines Computers entdecken oder Internetseiten erstellen – also Technik verstehen und selbst ausprobieren. Während Mädchen die Chance bekommen, bisher eher untypische Berufsfelder kennen zu lernen, bietet der Aktionstag Betrieben, Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Möglichkeit, wichtige Potenziale für die Zukunft zu erschließen. Den weiblichen Nachwuchs für Technik, IT,

Handwerk sowie Ingenieur- und Naturwissenschaften zu begeistern soll dabei helfen, die Trendwende in der Berufsorientierung für Mädchen zu erreichen.

Informationen zum Aktionstag und das Thema Berufsorientierung finden sich auf der Homepage der bundesweiten Koordinierungsstelle des Girls' Day. Das Projekt-Büro berät Mädchen und Eltern per E-Mail oder telefonisch in allen Fragen zum Aktionstag. ◀

i Bundesweite Koordinierungsstelle – Projekt Girls' Day, Wilhelm-Bertelsmann-Straße 10, 33602 Bielefeld, Telefon 0521-106-7357, Telefax: 0521-106-7377
 ▶ **E-Mail:** info@girls-day.de
 ▶ **Internet:** www.girls-day.de

Internet

**MetallRente
Förderrechner hilft**

Ob eher die »Riester«- oder die »Eichel«-Förderung für die eigene zusätzliche Vorsorge fürs Alter geeignet ist – die Entscheidung für das richtige Modell der betrieblichen Altersvorsorge fällt nicht immer leicht. Mit Hilfe des Förder- sowie des Betriebsrentenrechners von MetallRente, kann sich jeder sein eigenes individuelles Angebot zusammenstellen, Produkte vergleichen und ausrechnen, ob und wie sich betriebliche Altersvorsorge mit MetallRente lohnt. Beide Rechner berücksichtigen alle neuen gesetzlichen Regelungen, Sozialversicherungsrechengrößen und Steuertabellen ab 2005 und stehen unter www.metallrente.de zur Verfügung. ◀

Anzeige

Wes Brot ich « ess’, des Lied ich sing.



ALBRECHT MÜLLER über den Filz unter den Wirtschafts- wissenschaftlern.



Foto: Cordula Giese

Vor kurzem erschien »Bild« mit der Schlagzeile »Deutschlands bester Wirtschaftsprofessor zeigt sieben Wege aus der Krise«. Dazu gab es ein Foto von Professor Hans-Werner Sinn aus Mün-

chen. »Wir müssen wieder mehr arbeiten,« lautete sein erster Ratschlag; »für das gleiche Geld länger« natürlich, also zu einem geringeren Lohn; andernfalls »fallen wir im inter-

nationalen Vergleich weiter zurück«. Die anderen Vorschläge waren – von zwei Ausnahmen abgesehen – ähnlich arbeitgeberfreundlich: Die Gewerkschaften sollen nicht auf

der Einhaltung der Tarifverträge bestehen, andernfalls sind sie »Bremser« und »Betonkartelle«. Hartz IV und andere sogenannte Reformen sollen weitergehen.

So und ähnlich äußern sich immer wieder so genannte Wissenschaftler und Experten. Ihre Meinungen werden in Zeitungen und Talkshows als scheinbar wissenschaftlich massenhaft verbreitet.

Es ist an der Zeit, dass sich Gewerkschafter gegen diese Propaganda und das arbeitnehmerfeindliche Gebaren dieser Wissenschaftler wehren. Arbeitnehmer und Gewerkschaften haben sehr gute Argumente auf ihrer Seite. Zum Beispiel: Wie soll bei über fünf Millionen Arbeitslosen durch Mehrarbeit die Arbeitslosigkeit und die Krise überwunden werden? Mehrarbeit gegen Arbeitslosigkeit? Das ist einfach Unsinn von Sinn.

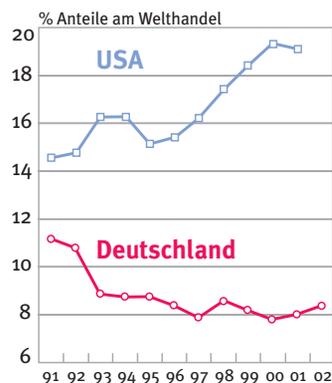
Wir haben auch kein Problem im Wettbewerb mit anderen Ländern. Deutschland hat eine positive Leistungsbilanz. Wir exportieren viel mehr als wir importieren. Deutschland hatte zuletzt den größten Welt-handelsanteil aller Länder. 10,2 Prozent aller Weltexporte kommen aus Deutschland. Fast jede fünfte Maschine, die in der Welt gehandelt wird, ist in Deutschland hergestellt. Wir sind wettbewerbsfähig, auf-

So führt uns »Deutschlands bester Wirtschaftsprofessor« in die Irre

Beispielsweise beim Vergleich des Welthandelsanteils von Deutschland und den USA:

Seite 71 – 1. Auflage:

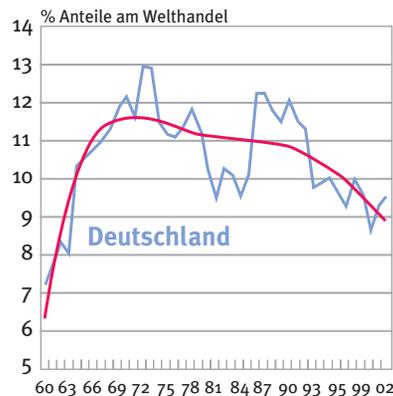
Abbildung 2.1
Von den Weltmärkten verdrängt



Quelle: IMF, Direction of Trade Statistics, Yearbook 2002; Exportanteile in %, Basiswerte in US-\$, Berechnungen des ifo Instituts.

Seite 71 – 4. Auflage:

Wieder von den Weltmärkten verdrängt



Quellen: 1960-1998: IMF, Direction of Trade Statistics, verschiedene Ausgaben; 1999-2002: IMF, International Financial Statistics, Oktober 2003, S.70; Exporte f.o.b. US \$, Anteile in %, Trendkurve: Polynom 5. Grades.

In der 1. Auflage seines Buchs »Ist Deutschland noch zu retten?« hat Professor Hans-Werner Sinn ein Diagramm abgedruckt, das zeigen soll, dass der Welthandelsanteil der USA von 15 Prozent auf 19 Prozent gestiegen sei, während Deutschland »von den Weltmärkten verdrängt« werde. Dieses Diagramm musste er in den nächsten Auflagen austauschen. Die Kurve der USA wurde gestrichen, weil Sinn bei den USA Exporte mit Importen verwechselt hatte. Abgedruckt werden nun nur noch Kurven für Deutschland: In der Überschrift bleibt Sinn aber bei der wahrheitswidrigen Behauptung, Deutschland sei »Wieder von den Weltmärkten verdrängt«.

Die Fakten: Deutschlands Welthandelsanteil lag 2003 – dem letzten Jahr, zu dem heute Zahlen vorliegen – mit 10,2

Prozent vor dem der USA mit 9,9 Prozent. Der Vorgang insgesamt zeigt, wie unsachlich und mit aller Gewalt der schwarzmalende Professor Sinn vorgeht. Dass ein Land wie Deutschland ein ganzes Zehntel der Weltexporte beherrscht, ist ungewöhnlich. Frankreich kommt auf 5,1 Prozent, Japan auf 6,5 Prozent, Großbritannien gar nur auf 4,2 Prozent.

Wenn ein deutscher Professor dann, noch dazu mit falschen Zahlen, den Untergang nahen sieht, wenn Deutschland bei 10,2 Prozent liegt, dann wirft das ein schreckliches Licht auf die Unsachlichkeit der heute herrschenden Strömung in der Nationalökonomie. Es zeigt aber auch den Zustand jener Medien, die Sinn immer noch zitieren und einladen.

grund der hohen Produktivität auch bei vergleichsweise hohen Löhnen.

Und dennoch erwecken viele Wissenschaftler den gegenteiligen Eindruck. Wie kommt das?

Das ist ganz einfach. Immer mehr Wissenschaftler vertreten die Interessen der Arbeitgeber, weil sie ihnen erstens weltanschaulich nahe stehen und ihnen gefallen wollen. Und zweitens weil sie von den Aufträgen der Wirtschaft profitieren. Ganz nach dem Motto: »Wes Brot ich ess', des Lied ich sing.«

Um den Wortführern der Wirtschaft zu gefallen, sind einige dieser sogenannten Wissenschaftler auch bereit, uns mit falschen Zahlen und Behauptungen in die Irre zu führen. Am Beispiel des Professors Sinn kann man dies gut zeigen.

Um seine Propaganda für niedrigere Löhne schlüssig erscheinen zu lassen, muss der Münchner Ökonom den Eindruck erwecken, wir seien international nicht mehr wettbewerbsfähig. Deshalb behauptet er in seinem Buch, wir seien »von den Weltmärkten verdrängt« und die USA hätten ihren Welthandelsanteil weit über unseren hinaus verbessert. Weil seine Irreführung jedoch aufflog, musste »Top-Ökonom« Sinn – wie »Bild« ihn immer wieder nennt – sein Buch korrigieren.

Sinn ist aber nur ein Beispiel von vielen solcher Wissenschaftlern, die sich in die Propagandadienste der Arbeitgeber begeben haben. Sie tun das, weil sie entweder wirklich selbst an das Märchen glauben, wir hätten deshalb eine Wirtschaftskrise, weil die Löhne zu hoch und die Gewerkschaften angeblich zu mächtig sind. Oder sie machen Propaganda für die Wirtschaft, weil ihre Interessen dort besser aufgehoben sind.

Ihre Belange werden auf vielfältige Weise bedient. In meinem Buch »Die Reformlüge«

habe ich beispielhaft den Fall eines Professors geschildert, dem die Versicherungswirtschaft den größeren Teil seines halbprivaten Instituts bezahlt hat und dem Institut nun laufend Gutachtaufträge gibt.

Meist läuft die finanzielle Unterstützung durch die Wirtschaft über solche ausgelagerten Institute. Sinn beispielsweise ist nicht nur Professor an der Universität München. Er ist auch noch Direktor des Ifo-Instituts mit gesonderter Entschädigung. Dieses Institut wiederum lebt auch von Aufträgen der Wirtschaft. Ähnlich ist es bei vielen anderen Professoren. Ihre Gehälter sind wie das Schwarze unterm Fingernagel gemessen daran, was sie an Gutachtaufträgen oder als Direktoren ausgegliederter Institute verdienen.

Diese Verfilzung wird dann noch dadurch vergoldet, dass unsere Medien heute weitgehend auf Seiten der Oberschicht und der Arbeitgeber stehen. Die Medien loben vor allem die mit dem ganzen System verfilzten Professoren über den grünen Klee. So wie beispielsweise »Bild« Professor Sinn immer wieder auf einen Sockel hebt. Deshalb sind es auch immer wieder die gleichen Ökonomen, die in Talkshows eingeladen werden oder auf hochdotierten Veranstaltungen als Redner herumgereicht werden.

Warum weise ich auf dieses Interessengeflecht hin? Es ist an der Zeit, dass Sie, die Leserinnen und Leser von **metall**, Ihre Kolleginnen und Kollegen auf diesen Filz hinweisen. Immunisieren Sie sich gegen solche Geschichten wie jene vom »Top-Ökonom« in »Bild«. Man muss ja die ungeießbare Suppe nicht auch noch auslöffeln, die der Arbeitnehmerschaft von interessierter Seite eingebrockt wird. ◀

Der Nationalökonom Albrecht Müller war Redenschreiber von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller. Heute ist Müller Publizist und lebt in der Südpfalz.

Jetzt neu

metall und direkt 2004

– komplett auf CD-ROM



Mit Passwort für das **metall-Online-Archiv** im Internet

Artikel	Artikel-Nr.	Einzelpreis	Anzahl	Summe
CD-ROM 2004	111-7691	9 Euro*		
CD-ROM im Doppelpack 2003/2004**	1880-7695	12 Euro*		
Dreierpack CD-ROM 2002/2003/2004**	1881-7696	15 Euro*		
* zuzüglich Versandkosten				
** solange Vorrat reicht				Gesamtpreis*

► Die CD-ROM enthält:

alle **metall**-Ausgaben des Jahrgangs 2004 einschließlich:
► Regional- und Lokalseiten

alle **direkt**-Ausgaben des Jahrgangs 2004 mit:
► Grafiken ► Sonderausgaben

außerdem alle Ausgaben des Jahrgangs 2004 von:
► IT-Magazin ► Branchenmagazin **Kfz-Handwerk**.

Auf der CD-ROM: Inhaltsverzeichnis und Volltextsuche. Software Acrobat Reader 6.01. Alle Seiten können im Originallayout ausgedruckt werden. Die CD-ROM läuft unter Windows 9X oder höher/NT und Mac.

► Bestellungen an:

IG Metall-Vertrieb, Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main,
E-Mail: vertrieb@igmetall.de, Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38,
Internet: www.igmetall.de/metall/vertrieb/cdrom.html

► Lieferung gegen Rechnung

Monatsrätsel ...

Emanipation	↘	südamer. Staat wüst und leer	↘	bulgarische Münzen	↘	Flächenmaß der Schweiz	Zeichen mit festgelegter Bedeutung	↘	Ein-spruch
Rästel-rater	→					Szenenaufbau b. Film	↘		
Kohleprodukt	→			13		griech.: neu...	↘		
↙				nicht viel					gepflegte Ziergrasfläche
		2		Nega-tion				3	
nordische Göttin der ewigen Jugend	→			5		Zufluss der Oberrhe			
						österr. Gewicht			
altes Wort für: Hemd	↘	arabi-scher Fürsten-titel	deutscher Maler, † 1914		italie-nisch: Herrin				6
↙							Assessor (Abk.)		
		12					erzählende Dichtkunst		
↙					Vorfahr eines Iren				
				9	Teil der Messe				
türk. Dynastiegründer	→				Vor-gebirge, Landnase ins Meer			en vogue	
Muskel-zucken	→			11				altröm. Grenzwall	
Vorbau am Haus	→					Fluss in Thüringen			Neben-fluss der Seine
						Ried-gras			
					14				
Düsseldorfer Bier	↘	muldenförmiges Futtergefäß	Mensch der Arktis		englisches Bier				1
↙					Gruß zum Abschied		Autokennz. von Meißener Teichen		
					eins (engl.)				
Fachgebiet der Medizin	→								chemi-sches Zeichen für Schwefel
Neun-Ton-Intervall	→								
Ackergerät	→			4	Rinn-stein				
↙									
					japani-sche Währung				

Lösungswort Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 30. April 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Januar/Februar: Ausbildungspakt

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder

Der Zusatzgewinn im Januar/Februar: Je ein IG Metall-Fußball geht an:

Armin Kohnke, Weilheim/Teck
Ludwig Aumeier, Frankenhausen

► fünf IG Metall-Autosicherheitswesten als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir zwei IG Metall-Fußbälle

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: Eine IG Metall-Wanduhr aus Edelstahl



2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis: Ein Multi-Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl

Drei-Monats-Rätsel ...

Teil 4

1) Aridität	4) Jury
a) kleine Per.....ER.. a). Preisgärtch... ERTD	b) Unregelm. Sicht DER b) Bratensaft....SAK
b) Unregelm. Sicht DER b) Bratensaft....SAK	c) Auffassung.....EIS.. c). Rechtspflege.. BER
c) Auffassung.....EIS.. c). Rechtspflege.. BER	d) Trockenheit.....AL.. d). Milit. regier... IN
d) Trockenheit.....AL.. d). Milit. regier... IN	
2) Chintz	5) polyglott
a) Nagetier.....PN... a). mehrsilbig.....ES	b) Gewebe.....LES.. b). vielsprachig.....IEZ
b) Gewebe.....LES.. b). vielsprachig.....IEZ	c) chem. Grundstoff...LL.. c) gleichartig.....BEI
c) chem. Grundstoff...LL.. c) gleichartig.....BEI	d) Paprikastr.....MR... d). gl. nend.....UNS.
d) Paprikastr.....MR... d). gl. nend.....UNS.	
3) Eskarpin	6) Terminologie
a) spanische Lanz...BI.. a) Lieftag.....LON	b) Mannschaft.....PX.. b). Datenstation...MAN
b) Mannschaft.....PX.. b). Datenstation...MAN	c) leichter Schuh LIND c) Fachwörter.....EIT
c) leichter Schuh LIND c) Fachwörter.....EIT	d) Seitensprung...VLQ.. d) mathem. Begriff...UN
d) Seitensprung...VLQ.. d) mathem. Begriff...UN	

Kennen Sie die folgenden Wörter? Bei richtiger Lösung ergeben die rechts stehenden Buchstaben von oben nach unten gelesen, den vierten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 4 bis 6 auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2005 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei Hauptpreise und einen von zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg im Wert von 25 Euro gewinnen, gestiftet von der BHW-Leben. Und als weiteres Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 51 Euro.

Zu Besuch bei . . .

Fred Balsam

Der Vize-Präsident der Kölner Handwerkskammer engagiert sich für Auszubildende und rät zum Reisen.

metall-Autorin Heide Platen traf ihn in seinem Büro in der Kölner Innenstadt zwischen Wimpeln und Pokalen



Foto: Kristina Jentsch

Englandfreund Fred Balsam im Dienste seiner IG Metall

Handwerkskammer Köln. Sichtweite zum Dom, Zimmer 212. Vize-Präsident Fred Balsam (63) hat Erinnerungen aus aller Welt gesammelt: Wimpel aus Schottland, Portugal, Italien und den USA. Balsam ist ein bodenständiger Reisender. Er ist zwar in Köln-Weiden geboren, aber früh ausgeflogen. Nach der Lehre als Kraftfahrzeug-elektriker absolvierte er 1962 seinen Wehrdienst. Die Bundeswehr schickte ihn nach England, genauer nach Wales. Dort wurden die jungen Deutschen in Uniform mit gemischten Gefühlen aufgenommen: »Germans, go home!« Dass er damals ausgewählt wurde, meint er, lag wohl auch daran, dass Kölner von Natur aus kontaktfreudig und »etwas vorlaut« seien.

Balsam diente tagsüber in der »schweren Instandsetzungskompanie«. Abends ging er in den Tanzpalast und lernte Marlene kennen. Die Verständigung war anfangs schwer, »mit Händen und Füßen«. Die beiden heirateten, eine deutsch-britische Hochzeit, über die damals sogar die Zeitungen berichteten.

Der Bräutigam verlängerte seinen Einsatz: »Da habe ich mit dem General meine erste Tarifverhandlung geführt.« Der Sold wurde aufgestockt. Das Paar zog nach Köln. Nur, dass Balsams junge Frau Heimweh bekam. Sie reisten wieder nach Eng-

land. Er kämpfte um eine Arbeiterlaubnis, reparierte in einem Steinbruch Lkws, schuftete beim Aufbau einer amerikanischen Ölraffinerie. Dort wurde er zum ersten Mal nach seinem Gewerkschaftsausweis gefragt und trat in die Pipefitter-Union ein: Waliser, Iren und Schotten arbeiteten gemeinsam. Der junge Mann lebte sich schnell ein und fing an, »auf englisch zu denken«. Die Firma bot ihm einen Auftrag in Algerien an. Balsam lehnte ab, denn dort herrschte Bürgerkrieg. Stattdessen zog die Familie wieder nach Köln. Er konnte zurück in seinem Lehrbetrieb, dem Autohaus Fleischhauer. Er absolvierte seine Ausbilderprüfung, wurde 1974 Betriebsrat. Dessen Vorsitzender ist er seit 1982.

Fred Balsam ist ein agiler Mann, weißhaarig, mit blitzenden, blauen Augen unter gestäubten Brauen. Sein Dienst in England sei »ein Glücksfall« gewesen, sagt er. Nicht nur wegen Marlene. Junge Leute sollten reisen, andere Länder, andere Sprachen kennenlernen, das ist seine feste Überzeugung. Als Gewerkschafter kümmerte er sich von Anfang an um die Belange der Auszubildenden. 1985 wurde er von der IG Metall in die Kölner Handwerkskammer

berufen. Seit 1990 ist er Vize-Präsident und zuständig »für alles, was mit Berufsbildung zu tun hat«. Der Kölner pflegt seine internationalen Kontakte. Als Verbands-Vize reiste er durch die Europäische Union, nach Japan, Brasilien und bis nach Südafrika. Eines seiner Lieblingsprojekte ist die Ausbildung junger Iren, die in hiesige Handwerksbetriebe vermittelt werden.

Seit 1992 kommen jährlich 15 bis 20 Jugendliche in die Domstadt und bleiben

»Soziale Kompetenz lernt man nur im Arbeitsleben.«

bis zur Gesellenprüfung.

Balsam arbeitete mit an den europäischen Ausbildungsrichtlinien, organisierte den EU-Gesellentag in Köln, erhielt Ehren und Orden für seinen Einsatz. Die Kölner Handwerkskammer engagierte sich auf sein Betreiben auch in Krisengebieten, in Palästina, Serbien und Mali. Balsam ist ein vehementer Verfechter des dualen Ausbildungssystems. Die Beibehaltung der betrieblichen Ausbildung ist für ihn »das A und O«: »Soziale Kompetenz lernt man nur im Arbeitsleben.« Manchmal wünscht er sich sowohl vom Staat wie von den Gewerkschaften »etwas mehr Verständnis und Unterstützung für die mittelständischen Handwerksbetriebe, denn die haben es schwer«.



Cartoon: Silvan Wegmann